

2 Beteiligung in Interessenvertretungszusammenschlüssen

Dieses Kapitel erfüllt die Funktion, eine Klärung und Systematisierung der Interessenvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten unter terminologischen (Kap. 2.1), rechtlichen (Kap. 2.2) und empirischen (Kap. 2.3) Gesichtspunkten vorzunehmen und basierend darauf die Notwendigkeit eines theoretisch begründeten Umgangs mit der Thematik aufzuzeigen. Im Fokus der Arbeit steht eigentlich die Betrachtung des *Handelns* von Menschen mit Lernschwierigkeiten im Zuge der Interessenvertretung, also die Mikroebene und dabei ganz spezifisch die Perspektive der Handelnden. Dennoch ist es zunächst geboten, die Rahmenbedingungen, die für das Handeln der Interessenvertreter_innen Wirkung entfalten, zu skizzieren, bevor der Blick dann im weiteren Verlauf der Arbeit handlungstheoretisch geschärft werden kann. Deshalb werden im ganzen Kapitel auch Fragen, die sich auf der Mesoebene mit der Thematik der Interessenvertretung befassen, aufgegriffen und diskutiert.

Für behinderte Menschen können vielfältige Möglichkeiten und Formen der Beteiligung relevant sein. Dazu zählen die demokratischen Handlungsformen, die Bürger_innen allgemein zur Verfügung stehen. Darunter fallen Wahlen, Demonstrationen, das Engagement in Vereinen, die Mitwirkung in Bürgerinitiativen, die Parteimitgliedschaft und vieles mehr (vgl. zur Problematik der Systematisierung und Eingrenzung Kap. 3.2.2). Darüber hinaus existieren Formen und Aktivitäten der Interessenvertretung, die sich auf Mikro-, Meso- und Makroebene auf das System der Behindertenhilfe beziehen und/oder sich inhaltlich mit behinderungsrelevanten Fragen befassen. Dies reicht von der direkten Mitwirkung von Personen an der Leistungserbringung über die Beteiligung in Gremien innerhalb von Organisationen, aber auch in Gruppen, Vereinen und kommunalen Initiativen bis hin zur Arbeit von auf kommunaler, Landes- und Bundesebene agierenden Verbänden und Beauftragten. Besonders erwähnenswert sind die selbstorganisierten Zusammenschlüsse wie die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V., NETZWERK ARTIKEL 3 e. V., das Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e. V. sowie Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e. V. (Hermes 2007, 225). Auch existieren weniger formalisierte Vorkommensweisen wie z. B. Blogs von Behindertenrechtsaktivist_innen oder punktuelle Aktionen. Einen groben Überblick über die vielfältigen Partizipationsformen im Kontext von Behinderung geben Waldschmidt (2009, 120ff), Beck (2013, 8ff) sowie der Teilhabebericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS 2013, 240ff).

In der vorliegenden Arbeit stehen kollektive Formen von Partizipation im Fokus, in welchen Betroffene ihre eigenen Interessen vertreten:

„Eine besondere Bedeutung hat für Menschen mit Beeinträchtigungen die Vertretung der eigenen Interessen durch von ihnen gewählte Interessenvertreter. Dies geschieht im unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumfeld in Institutionen wie Heim- oder Wohnbeiräten, Werkstattträten und Schwerbehindertenvertretungen und Betriebsräten sowie im Rahmen eines zivilgesellschaftlichen Engagements von und für Menschen mit Beeinträchtigungen“ (BMAS 2013, 241).

Konkret handelt es sich beim Gegenstand der Arbeit um Interessenvertretungsgremien, die in Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe angesiedelt sind und in denen mehrheitlich Menschen mit Lernschwierigkeiten präsent sind (vgl. dazu Kap. 2.2), sowie um Selbsthilfegruppen, die sich gezielt an Menschen mit Lernschwierigkeiten richten. Die Existenz der Zusammenschlüsse ist dabei einerseits zurückzuführen auf Reformbestrebungen innerhalb der Behindertenhilfe, andererseits auf das politische Engagement von behinderten Menschen und die im Zuge der emanzipatorischen Selbsthilfebewegung geäußerte Kritik an der entmündigenden Wirkung organisierter Hilfe. So sind in den letzten drei Jahrzehnten innerhalb der Einrichtungen der Behindertenhilfe Wohnbeiräte sowie Werkstattträte entstanden (Schlummer & Schütte 2006, 61ff) und es gründeten sich ab den späten 1990er-Jahren Selbsthilfegruppen von Menschen mit Lernschwierigkeiten nach dem Vorbild der internationalen People-First-Gruppen (Kniel & Windisch 2005, 7ff). Bei Letzteren ist eine inhaltliche und organisatorische Nähe zur Behindertenbewegung zu verzeichnen, so unterstützte beispielsweise die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e. V. das Modellprojekt, aus welchem das bundesdeutsche Netzwerk Mensch zuerst hervorgegangen ist (ebd.).

2.1 Terminologische Präzisierung

Es existieren unterschiedliche Bezeichnungen für die kollektiven Formen der Partizipation von Menschen mit Lernschwierigkeiten. Die zentralen hierfür genutzten Termini sind die Begriffe der Selbstvertretung („self-advocacy“) (Windisch 2000; Göthling 2007; Schirbort 2010), Interessenvertretung (Breit & Kotthoff 1990; Beck 2013; BMAS 2013), Mitwirkung und Mitbestimmung (Schlummer & Schütte 2006) sowie Selbsthilfe (Kniel & Windisch 2005). Allerdings fehlt eine systematische Herleitung und Begründung sowie eine Verhältnisbestimmung der Begriffe zueinander. Auch theoretische Bezüge sind nicht umfassend vorhanden. Diese Lücke soll anhand der nun folgenden Überlegungen bearbeitet werden.

2.1.1 Selbstvertretung

Der in der behindertenpädagogischen Literatur am häufigsten verwendete Begriff für kollektive Partizipationsformen von Menschen mit Lernschwierigkeiten ist der Begriff der Selbstvertretung. Seinen Ursprung hat dieser Terminus im englischen Wort ‚self-advocacy‘. Der Ursprung von Aktivitäten, welche mit diesem Begriff bezeichnet werden, wird im Schweden der 1960er-Jahre verortet. Dort hatten sich unter der Prämisse des Normalisierungsprinzips zunächst Freizeitgruppen, später auch politisch agierende Zusammenschlüsse von Menschen mit Lernschwierigkeiten gebildet (Dybwad 1996, 7f). 1969 berichtete Nirje von diesen Aktivitäten auf dem Weltkongress der International Society of the Rehabilitation of the Disabled (ebd.). In verschiedenen Ländern, u. a. Großbritannien, den Niederlanden und den USA, entstanden daraufhin in den folgenden Dekaden Zusammenschlüsse von Menschen mit Lernschwierigkeiten⁵. Die Bezeichnung ‚People First‘ entstammt dem nordamerikanischen Kontext. Im US-Bundesstaat Oregon wurde 1974 auf einer Tagung gefordert, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten in erster Linie als Menschen und nicht als behindert wahrgenommen werden sollten (Göthling 2007, 140). Im deutschsprachigen Kontext wurde Selbstvertretung als Entsprechung des englischsprachigen ‚self-advocacy‘ in den 1990er-Jahren u. a. durch Knust-Potter (1996, 519) und Göbel (1999) eingeführt. Insbesondere die Aktivitäten im Umfeld von Göbel, z. B. die Publikation und das Projekt „Wir vertreten uns selbst!“ (ebd.), aus welcher die deutschen People-First-Gruppen hervorgegangen sind, haben zur Verbreitung des Begriffs beigetragen. Allerdings ist die Reichweite und Abgrenzung von mit als Selbstvertretung bezeichneten Aktivitäten in der Literatur nicht eindeutig: So bringt Theunissen (2001, 26) in erster Linie die People-First-Gruppen mit dem Selbstvertretungsbegriff in Verbindung. Er erwähnt zwar auch die Existenz von Wohnbeiräten und die Möglichkeit, diese als Form von Selbstvertretung zu verstehen, doch kritisiert er die geringeren „Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten“ (ebd.) von einrichtungsgebundenen Gruppen, ohne dies allerdings weiter zu belegen. Windisch (2000, 4f) und Windisch und Kniel (2005, 20) verstehen auch Wohnbeiräte und Werkstatträte als Formen der Selbstvertretung. Nach Windisch (2000, 5) sind diese ein „wichtiger und im Hinblick auf die Selbstvertretungsbewegung behinderter Menschen

⁵ Von einigen englischsprachigen Autoren, z. B. Bersani (1996), wird auch der Begriff ‚Self-Advocacy Movement‘ im Sinne einer Neuen Sozialen Bewegung verwendet. In der deutschsprachigen Rezeption wird diese Einschätzung teilweise übernommen, so sprechen u. a. Theunissen (2001), Göthling (2007) und Schirbort (2010) von der Self-Advocacy-Bewegung bzw. der Selbstvertretungsbewegung. Es fehlen jedoch Analysen, die eine solche Einordnung anhand des Bezugs zur soziologischen Erforschung sozialer Bewegungen vornehmen und empirisch belegen. Angesichts der Tatsache, dass in den deutschen People-First-Gruppen im Jahr 2000/2001 insgesamt rund 250 Personen aktiv waren (Kniel & Windisch 2005, 15), scheint es allein aufgrund der Mitgliederzahlen problematisch, von einer Bewegung zu sprechen. Darüber hinaus ist das Verhältnis zur Behindertenbewegung ungeklärt (vgl. dazu Waldschmidt 2009, 141ff).

komplementärer Schritt auf dem Weg zu einer intensiveren und breiteren Interessenvertretung“. Dennoch unterstellt er diesen ebenso begrenzte Kompetenzen, Funktionen und eingeschränkte Handlungsbereiche (vgl. zur empirisch-analytischen Einordnung Kap. 2.3.1.3). Festzustellen ist aber auch, dass der Begriff ‚Selbstvertretung‘ sehr unterschiedlich gebraucht wird. Finke (2000, 8ff) zum Beispiel schließt neben Wohnberätern, Werkstattträtern und People First auch die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, Selbsthilfegruppen im Allgemeinen sowie selbst betroffene Behindertenbeauftragte in seine Überblicksdarstellung von Konzepten der Selbstvertretung ein. Eine theoretische Anbindung und damit begründete Systematisierung und Abgrenzung bleibt in obigen Überlegungen allerdings aus.

Definitionen von ‚self-advocacy‘ liegen aus dem angloamerikanischen Diskussionszusammenhang vor. So lautet eine der ersten Begriffsbestimmungen:

„Self-advocacy by mentally handicapped people means that individually or in groups (preferably both), they speak or act on behalf of themselves, or on behalf of other mentally handicapped people, or on behalf of issues that affect mentally handicapped people“
(Williams & Shoultz 1982, 87f).

Hier werden mit dem Begriff also ganz allgemein die Aktivitäten von Menschen mit Lernschwierigkeiten auf individueller, gruppenbezogener und gesellschaftlicher Ebene assoziiert. Die am weitesten verbreitete Bestimmung von ‚self-advocacy‘ ist eine im Zuge der zweiten nordamerikanischen Jahreskonferenz von People First in Nashville, Tennessee verabschiedete Definition (zitiert u. a. durch Rock 1997, 354; Schirbort 2010, 304; Theunissen 2010, 185):

„Self-advocacy is about independent groups of people with disabilities working together for justice by helping each other take charge of their lives and fight discrimination. It teaches us how to make decisions and choices that affect our lives so we can be more independent. It teaches us about our rights, but along with learning about our rights, we learn about our responsibilities. The way we learn about advocating for ourselves is supporting each other and helping each other gain confidence in themselves to speak out for what they believe in“
(zit. nach Dybwad 1996, 2).

In dieser Beschreibung von ‚self-advocacy‘ liegt der Fokus nicht spezifisch auf Menschen mit Lernschwierigkeiten. Selbstvertretung wird als Gruppenaktivität beschrieben, mit der sich die Gruppenmitglieder gegenseitig unterstützen sowie für ihre Rechte und Interessen eintreten. Häufig werden in der Literatur eine individuelle und eine soziale Komponente von Selbstvertretung unterschieden⁶ (Williams & Shoultz 1982, 88; Sutcliffe & Simons 1992, 3f; Rock 1997, 354; Goodley 2000, 7). Die individuelle Komponente von Selbst-

⁶ In diesen beiden Punkten, also der gegenseitigen Unterstützung im Rahmen von Gruppenaktivitäten sowie der Differenzierung einer individuellen und sozialen Ebene, zeigt sich eine Nähe zum Begriff der Selbsthilfe (vgl. Kap. 2.1.4).

vertretung beinhaltet das Verfolgen eigener Interessen, die Entwicklung eines Bewusstseins über die eigenen Rechte sowie das aktive Einsetzen für diese: „The first [aspect] involves handicapped people pursuing their own interests, being aware of their rights and taking responsibility for tackling infringements of those rights“ (Williams & Shoultz 1982, 88). Die soziale Komponente von Selbstvertretung hingegen betont den Zusammenschluss mit anderen, um sich für die Interessen der Gruppe sowie von Menschen mit Lernschwierigkeiten im Allgemeinen einzusetzen: „The second [aspect] involves joining with others to pursue the interest of the group and of mentally handicapped people in general“ (ebd.). Bei der Bestimmung von Selbstvertretung in der Fachliteratur handelt es sich also primär um eine Beschreibung der damit assoziierten Aktivitäten.

Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Begriff ist ein Blick auf die Terminologie notwendig. Hier ergibt sich allerdings das Problem, dass es sich um eine Wortneuschöpfung handelt, welche nicht in den Nachschlagewerken und Wörterbüchern der deutschen Sprache auftaucht. Dabei ist Selbstvertretung (bzw. das englische Äquivalent ‚self-advocacy‘) dem Wortgehalt nach als paradoxe Begrifflichkeit einzustufen, denn der Wortteil Vertretung beinhaltet bereits die Übernahme eines Aufgabenbereichs für jemand anderen. So sind Vertreter_innen Personen, welche a) vorübergehend jemandes Stelle einnehmen oder b) die Interessen von jemandem vertreten (Duden 2010, 1044). Der Begriff ‚Selbstvertretung‘ ist nur dann nachvollziehbar, wenn er in Abgrenzung zum Terminus der Stellvertretung gedacht wird (Ackermann 2011, 141): Die Interessen und Angelegenheiten von Menschen mit Lernschwierigkeiten werden nicht mehr durch Professionelle, Eltern und andere Personen stellvertretend vorangebracht, sondern durch die Personengruppe selbst. Also Selbstvertretung statt Stellvertretung, bzw. ‚self-advocacy‘ statt ‚advocacy‘. Für eine Begriffsbestimmung ist also der Kontext bedeutender als der unmittelbare terminologische Gehalt.

Die implizit angelegte Denkfigur Selbstvertretung vs. Stellvertretung scheint jedoch ebenfalls verkürzt. So werden mit der Idee der Stellvertretung mehrere Funktionen verbunden: das Ersetzen im Sinne eines Platzhalters, der Einsatz spezifischer Kompetenzen eines Vertreters, aber auch die „Interessenvertretung im Sinn der Sicherung und Ausweitung des gesellschaftlichen Einflusses bestimmter Personen oder Gruppen“ (Dederich 2013, 186). Stellvertretung ist dadurch gekennzeichnet, dass Handlungen anstelle einer Person von anderen übernommen werden. Die Funktion besteht dabei nicht darin, die Person zu ersetzen, sondern als eigentlich Handelnde zu bekräftigen (ebd., 185). Die Vertretenden müssen dabei ein handlungsfähiges Subjekt oder aber eine Gruppe von Akteuren sein; die Vertretenen können reale oder juristische

Personen sowie soziale Gruppen sein, „von denen man annimmt, sie hätten ein relativ hohes Maß an spezifischen gemeinsamen Interessen, durch die sie sich von anderen Gruppen hinreichend klar unterscheiden lassen“ (ebd., 186). Bezieht sich der Begriff der Stellvertretung also auf eine soziale Gruppe, so geht damit die Frage nach den Interessen dieser Gruppe einher. Die im Hinblick auf Stellvertretung entscheidende Frage besteht darin, ob die Vertretenen als eigentliche Akteure bekräftigt werden; damit in unmittelbarem Zusammenhang steht die Legitimation des stellvertretenden Agierens. Entsprechend besteht eines der zentralen Probleme von Stellvertretung darin, dass diese durch die Verselbstständigung der Vertretenden und/oder durch die Struktur von Organisationen zu einer Entmachtung der Vertretenen führen kann und das Handeln der Stellvertreter_innen dann nicht mehr im Interesse der Vertretenen liegt oder diese als eigentliche Akteure bekräftigt (Dederich 2013, 187).

Aufgrund dieser Problematik ist die Figur der Stellvertretung mittlerweile aus dem behindertenpädagogischen Diskussionszusammenhang weitestgehend verschwunden oder wird negativ konnotiert (Dederich 2013, 188f). Häufig ist Stellvertretung durch Fachkräfte, Eltern oder Organisationen weder von den Betroffenen legitimiert noch ausdrücklich in deren Interesse gewesen; sie erfüllt auch gesellschaftliche Auswahl- und Allokationsaufträge und berührt Fragen von Machtausübung und Gewalt (ebd., 190f). In der Kritik dieser Verhältnisse haben die Forderung, dass behinderte Menschen „Experten in eigener Sache“ (Waldschmidt 2009, 118) sein sollen, und die Orientierung am Prinzip der Selbstbestimmung ihren Ursprung. Auch der Selbstvertretungsbegriff als von Betroffenen geprägter Begriff hat in diesem Zusammenhang seine Berechtigung. Allerdings wird in der Literatur häufig die Einschätzung vorgenommen, dass die Begrifflichkeit gerade *nicht* auf Menschen mit Lernschwierigkeiten selbst zurückgeht, sondern stellvertretend durch andere Akteure wie z. B. Wissenschaftler_innen und engagierte Fachleute in den sozialpolitischen und wissenschaftlichen Diskurs eingeführt wurde (z. B. bei Ackermann 2011, 141). Rock (1997, 367) hebt hervor, dass mit der Bezeichnung Selbstvertretung ein „alltäglicher, bereits von anderen Bevölkerungsgruppen unternommener Vorgang, nämlich das Eintreten für die eigenen Interessen und Rechte“ zu einer besonderen Aktivität gemacht wird. Dies ist für sie Indiz für eine Dominanz von Fachleuten über die Begrifflichkeit, sie betont, dass „selbst die Befreiung von Bevormundung und Fremdbestimmung bei Menschen mit einer geistigen Behinderung in Begriffen stattfindet, die von anderen, insbesondere von Fachleuten, festgelegt werden“ (ebd.). Hinsichtlich des unmittelbaren terminologischen Gehalts kritisiert sie weiterhin die Problematik der Begriffsnutzung zur Bezeichnung politischer Aktivitäten, bei welchen es nicht nur darum

geht, sich selbst zu vertreten⁷, sondern für die Rechte eines Personenkreises einzutreten, also auch stellvertretend zu agieren (ebd., 367f). Dass mit dem Begriffsteil ‚Selbst‘ die Interessen von Menschen mit Lernschwierigkeiten verbunden werden, ist historisch, aber nicht terminologisch zu erklären.

Auf Grundlage obiger Ausführungen können die folgenden Punkte summiert werden:

- Der Terminus ‚Selbstvertretung‘ wurde in den 1990er-Jahren als deutschsprachige Entsprechung des englischsprachigen ‚self-advocacy‘ eingeführt. Es handelt sich in erster Linie um eine zur Bezeichnung von Zusammenschlüssen von Menschen mit Lernschwierigkeiten und deren Aktivitäten genutzte Wortneuschöpfung, welche in Abgrenzung zur Idee der Stellvertretung gedacht wird.
- Dabei ist der Begriff theoretisch nur unzureichend bestimmt: Er ist weder soziologisch, politikwissenschaftlich, philosophisch noch pädagogisch verankert. Entsprechend fehlt eine theoretische Begründung und Einordnung und der Gegenstand ist nicht klar abzugrenzen.
- Insbesondere der Begriffsteil ‚Selbst‘ stellt sich als problematisch dar: Aus ihm geht weder der Zielgruppenbezug auf Menschen mit Lernschwierigkeiten hervor, noch wird deutlich, dass es sich dabei auch um kollektive und politische Aktivitäten handelt. Zudem ist in der Zusammensetzung von ‚Selbst‘ und ‚Vertretung‘ eine Paradoxie angelegt.
- Unklar ist, ob der Begriff tatsächlich auf Menschen mit Lernschwierigkeiten zurückgeht. Solange er aber von diesen verwendet wird, hat ‚Selbstvertretung‘ zumindest als politischer Begriff seine Berechtigung.

Da der Bedeutungsgehalt, die theoretische Begründbarkeit und die analytische Funktion des Begriffs problematisch sind, ist er im Rahmen dieser Arbeit als wissenschaftlicher Begriff nicht hilfreich. Er wird allerdings in der Empirie im Zuge der Interviews genutzt.

2.1.2 Interessenvertretung

Ein weiterer relevanter Begriff ist derjenige der Interessenvertretung⁸. Im Zusammenhang mit Überlegungen zur Stellvertretung ist im vorigen Abschnitt bereits die Frage nach dem Begriff der Interessen aufgetaucht: Bei Interesse handelt es sich um eine Substantivierung des lateinischen Infinitivs ‚interesse‘ mit der unmittelbaren Bedeutung „an etwas Anteil

⁷ Die Problematik der Begrifflichkeit wird in der nachfolgenden Äußerung eines Wohnbeiratsmitglieds, die im Rahmen der qualitativen Interviewstudie (vgl. Kap. 5 & 6) getätigt wurde, deutlich. So sagt B16: „Ja, einige vertreten sich selbst, aber alleine kann ich das nicht. Wie soll ich mich denn da alleine vertreten, das ist ja wohl ’n bisschen schwierig. Das kann ich nicht alleine. Ich vertrete schon, schon, schon die anderen, wie soll ich mich denn da noch selber, das geht nicht. Höchstens, wenn mir einer, mir zur Seite steht, unterstützt, alleine kann ich das nicht.“ (I16, 66)

⁸ Der Wortteil „Vertretung“ wird nicht erneut bestimmt, vielmehr sei auf die im Kontext von Selbstvertretung vorgenommenen Überlegungen im vorangegangenen Abschnitt verwiesen.

nehmen“ (Kluge 2011, 448). Für das Verb werden zwei Bedeutungen unterschieden: im persönlichen Gebrauch „dazwischen sein, beteiligt sein“ (ebd.); im unpersönlichen Gebrauch („quod interest“) „worum es geht, was in der Sache liegt“ (ebd.). Aus psychologischer Perspektive wird mit Interesse in erster Linie die Aufmerksamkeit, die eine Person auf einen Gegenstand richtet, bezeichnet (Gagel 1983, 67). Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist der Begriff hingegen im allgemeinsten Sinne eine „Vermittlungskategorie zwischen Individuum und Gesellschaft“ (Himmelfmann 1983, 13). Von Alemann (1983, 116f) differenziert den Vermittlungsaspekt aus. Der Interessenbegriff leiste demnach eine Verknüpfung von Individuum und Gesellschaft, von individuellen und kollektiven sowie materiellen und immateriellen Aspekten und gehe damit über den individuenbezogenen Bedürfnisbegriff hinaus. Damit steht eine Relation im Zentrum des Begriffs, er verdeutlicht die Interdependenz sozialer und personaler Aspekte. Vier Punkte sind für die gesellschaftliche Bedeutung von Interessen zentral: die *Vielfalt und Variationsbreite*, der *Problembezug*, das Ziel der gesellschaftlichen Absicherung bzw. Anerkennung und die damit verbundene *Konflikthaftigkeit* sowie die Existenz *spezifischer Regelungsmechanismen* im Hinblick auf diese Konflikte. Das bedeutet im Einzelnen (Himmelfmann 1983, 13f):

- Interessen sind historisch variabel und an die gesellschaftliche Position von Individuen gebunden: Je nach Wertvorstellungen, Vergleichs- und Handlungsmöglichkeiten variieren die Interessen von Personen. Je nach Lebenslage äußern sich Interessen unterschiedlich. In weiten Teilen werden sie stellvertretend durch gesellschaftliche Institutionen und Organisationen wahrgenommen (ebd.).
- Interessen äußern sich nicht abstrakt, sondern im Hinblick auf konkrete Problemlagen: „Reales Interesseshandeln ist situatives, auf Problemlösung ausgerichtetes Handeln von Individuen und Institutionen“ (ebd., 14). Die Chancen, welche Individuen zur Interessenrealisierung zur Verfügung haben, sind dabei bestimmt von den gesellschaftlich bereitgehaltenen Problemlösungsmechanismen (ebd.).
- Interessen dienen dem Erhalt oder der Verbesserung einer Wert- oder Vorteilsposition: Dahinter steht das Ziel der gesellschaftlichen Absicherung und Anerkennung. Interessen hängen also mit gesellschaftlichen Verteilungskonflikten zusammen (ebd.).
- Für Interessenkonflikte existieren spezifische Regelungsmechanismen wie z. B. Dialog, Verhandlung, Wahl und Tausch. Die Ausprägung der Konfliktregelungsmechanismen in einer Gesellschaft bedingt die relativen Lebenschancen und spiegelt die Verteilung von Macht und Herrschaft wider (ebd.).

Damit besteht – dies wird in den Kapiteln 3 und 4 noch gezeigt – sowohl auf semantischer Ebene als auch im Hinblick auf das im Begriff angelegte Verhältnis

zwischen Individuum und Gesellschaft eine Nähe zum Partizipationsbegriff. Allerdings geht im Interessenbegriff das Handeln von Einzelnen nicht auf.

Die zentrale gesellschaftliche Funktion von Interessenvertretung ist der Aspekt der Interessenvermittlung im Zusammenhang mit Verteilungskonflikten: „Durch ‚Interessen‘ wird kollektives Handeln geleitet, das sich auf die Verteilung von materiellen und ideellen Gütern in einem sozialen System richtet“ (Gagel 1983, 68). Mit Interessenvermittlung wird dabei die Interessenartikulation, -aggregation und das Einbringen derselben bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen bezeichnet (Schmidt 2004a, 328). Die Interessenvermittlung wird hauptsächlich durch Interessengruppen vorgenommen, dies sind u. a. politische Parteien, Interessenverbände, gemeinwohlorientierte Einrichtungen sowie Bürgerinitiativen und Protestbewegungen (ebd.). Interessengruppen können definiert werden als

„Organisationen, die im Kontext der fortschreitenden Industrialisierung der modernen Gesellschaft entstanden, zum einen Interessen gegenüber anderen Gruppen mit abweichenden oder entgegen gesetzten Interessen [...] wahrnehmen, zum anderen die Interessen ihrer Mitglieder durch Mitwirkung und/oder Einwirkung auf Regierung und Ministerialbürokratie, Parlament, Parteien und Öffentlichkeit im polit. Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß zur Geltung bringen wollen“ (Massing 2007, 234).

Dabei darf der Begriff der Organisation nicht täuschen, insbesondere bei Bürgerinitiativen und Protestbewegungen handelt es sich häufig eher um informelle Zusammenschlüsse als um formal ausdifferenzierte Organisationen. Mit dem Begriff der *Interessenvertretung* kann also die *Interessenvermittlung* durch *Interessengruppen* bezeichnet werden, er impliziert damit das Vorhandensein kollektiver und (zumindest bis zu einem gewissen Grad) organisierter Interessen. Diejenigen Forschungszweige, welche sich mit der Erforschung von Interessenvermittlung befassen, sind vor allem die Verbändetheorien sowie die Erforschung sozialer Bewegungen. Es werden insbesondere Fragen auf der Makro- und Mesoebene thematisiert: So wird explizit die Relevanz einer Vielzahl von Interessen innerhalb demokratischer Gesellschaften hervorgehoben, welche in intermediären Organisationen wie Vereinen und Verbänden aggregiert und an die Politik gerichtet werden. „Demokratie wird vor diesem Hintergrund als Wettbewerb zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen um Einfluss und politische Macht verstanden; Partizipation artikuliert sich dabei in Form kollektiver Interessenpolitik“ (Hebestreit 2013, 64). Der Frage, wie Interessen des Subjekts überhaupt entstehen und welchen Einfluss soziale und gesellschaftliche Gegebenheiten darauf haben (vgl. Kap. 4), wird dagegen keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Es können zusammenfassend die folgenden Punkte festgehalten werden:

- Der Begriff des Interesses bezeichnet eine Relation. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist das Verhältnis Individuum-Gesellschaft bzw. Individuum-Kollektiv bedeutsam.
- Der Terminus ‚Vertretung‘ verweist darauf, dass bei Interessenvertretungsprozessen auch stellvertretendes Handeln stattfindet. Die hierfür zentrale Frage ist, inwiefern dieses durch die Vertretenen legitimiert ist und ob es wirklich im Sinne der Vertretenen geschieht.
- Interessenvertretung stellt eine Form kollektiven Handelns dar, welche sich auf Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Verteilung von Gütern in sozialen Systemen richtet. Zentrale Akteure bei diesen Interessenvermittlungsprozessen sind Interessengruppen, d. h. Zusammenschlüsse von Personen mit gleichen oder ähnlichen Interessen. Welche Funktion den Interessengruppen beigemessen wird und in welchem Verhältnis sie zu anderen an Entscheidungsprozessen beteiligten Akteuren stehen, ist letztlich auch eine demokratietheoretische Frage. Damit besteht implizit ein Bezug zur Thematik Partizipation.
- Der Begriff der Interessenvertretung ist durch den Fokus auf Interessenvermittlungsprozesse eher auf der Mesebene angesiedelt. Handlungstheoretische Fragen werden in Zusammenhang mit dem Begriff der Interessenvertretung i. d. R. nicht thematisiert.

2.1.3 Mitbestimmung und Mitwirkung

Der Mitbestimmungs- und der Mitwirkungsbegriff werden häufig für die Aktivitäten von Werkstatträten und Wohnbeiräten verwendet (vgl. z. B. Schlummer & Schütte 2006, Niehoff 2010). Allerdings stellen die Begriffe keine ursprünglich behindertenpädagogischen Termini dar. Der Mitbestimmungsbegriff wird vor allem für die Bezeichnung konkreter institutionalisierte Modelle von Partizipation im wirtschaftlichen Bereich genutzt (Erhardt et al. 1978, 112). In der deutschsprachigen Diskussion ist mit Mitbestimmung ganz spezifisch der betriebliche Kontext verknüpft, sie beschreibt primär die arbeitnehmerische Beteiligung an betrieblichen und wirtschaftlichen Strukturen (Thibaut & Stöver 2007, 338). Dabei impliziert der Begriff auch einen konkreten Bezug zu Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb von Organisationen (Erhardt et al. 1978, 112).

Zwei Funktionen des Mitbestimmungsterminus können unterschieden werden: Es handelt sich um einen *konkreten Rechtsbegriff*, welcher die Rechte von Arbeitnehmer_innen kennzeichnet. Dabei findet die betriebliche Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland im Wesentlichen auf drei Ebenen statt: unmittelbare Mitbestimmung am

Arbeitsplatz, betriebliche Mitbestimmung über Betriebsräte sowie Unternehmensmitbestimmung über Aufsichtsräte. Umgesetzt wird die direkte Mitbestimmung über individuelle Rechte wie z. B. das Beschwerderecht. Die betriebliche, delegative Mitbestimmung realisiert sich über das Wahlrecht bei der Betriebsrats- und (mit Einschränkungen) der Aufsichtsratswahl (Kißler et al. 2011, 42f). Darüber hinaus erfüllt der Terminus zugleich aber auch die Funktion eines *Überbegriffs zur Bezeichnung von Partizipation im Wirtschaftssystem* insgesamt. Analog zur Unterscheidung eines instrumentellen und normativen Partizipationsverständnisses (vgl. Kap. 3.2.1) können ein instrumentelles und normatives Verständnis von Mitbestimmung unterschieden werden. Dem Begriff zugrunde gelegt wird dabei ein Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital. Im instrumentellen Sinne wird Mitbestimmung dann als Ordnungsfaktor bei der Regulation der Konflikte zwischen Arbeits- und Kapitalinteressen verstanden (Thibaut & Stöver 2007, 339). Geht man hingegen von einem normativen Verständnis aus, so beschränkt sich Mitbestimmung nicht nur auf die Regulation des Grundwiderspruchs zwischen Arbeit und Kapital, sie wird umfassender gedacht und dann auch verstanden als kollektiver Emanzipationsprozess, welcher unter dem Ziel der Selbstbestimmung die Befreiung von der ökonomischen Herrschaft der Kapitaleigner ermöglichen soll. Ebenso wie in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen sollen für die Einzelnen auch im Wirtschaftssystem demokratische Handlungsspielräume eröffnet werden (Kißler 2011, 35f). Mitbestimmung stellt so einen Teil eines gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses dar, der sich nicht nur auf das Wirtschaftssystem beschränkt.

Mitbestimmungsforderungen in der Wirtschaft sind daher „so alt wie die Geschichte der Arbeiterbewegung“ (Erhardt et al. 1978, 113). Kritisch bewertet werden diese Forderungen traditionell vor allem von liberaler, konservativer und Arbeitgeberseite; Gewerkschaften und die Sozialdemokratie befürworten sie hingegen (Schmidt 2004b, 456f). Je nach vertretener Position und den korrelierenden wirtschaftsdemokratischen Zielvorstellungen wird die Funktion von Mitbestimmung unterschiedlich gedeutet. Selbst wenn politische Ziele ausgeklammert werden, kann von einer impliziten politischen Zielvorstellung ausgegangen werden (Erhardt et al. 1978, 117). Kißler et al. (2011, 49ff) nennen fünf verschiedene Funktionen von Mitbestimmung: die Demokratisierungsfunktion (Mitbestimmung als Element zur Demokratisierung), die Friedensfunktion (Vermeidung von Arbeitskämpfen durch Mitbestimmung), die Integrationsfunktion (Integration der Gewerkschaften in das System industrieller Beziehungen), die Innovationsfunktion (Verfahren der Mitbestimmung ermöglichen Organisationslernen) sowie die Kulturfunktion (Mitbestimmung als Teil guter Unternehmenskultur).

Wie der Mitbestimmungsbegriff entstammt auch der Mitwirkungsbegriff der Diskussion um Arbeitnehmerbeteiligung. Mit dem Begriff wird die Beratung und Mitsprache des Betriebsrats bei vom Arbeitgeber getroffenen Entscheidungen bezeichnet. Mitwirkungsrechte sind Unterrichts-, Beratungs- und Vorschlagsrechte (Kißler et al. 2011, 65f). Eine unmittelbare Beteiligung an der Entscheidung ist also nicht vorgesehen, Beschlüsse können auch gegen den Willen des Betriebsrats durchgesetzt werden (ebd.). Die Rechtsgültigkeit der getroffenen Entscheidung ist aber von der vorangehenden Unterrichtung und Anhörung des Betriebsrats abhängig (ebd.). Der Mitwirkungsbegriff stellt damit ebenso wie der Mitbestimmungsbegriff einen konkreten Rechtsbegriff dar, allerdings sind die damit verbundenen Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungen wesentlich geringer.

Über seinen Ursprung hinaus hat der Mitbestimmungsbegriff auch in andere Verwendungskontexte Einzug gehalten. Mitbestimmung wird dann allgemein verstanden als „die Beteiligung von Personen oder Gruppen an Entscheidungen über eigene Angelegenheiten“ (Schmidt 2004b, 455f). So wird der Terminus in erziehungswissenschaftlichen Publikationen, die sich mit Partizipation beschäftigen, häufig verwendet, um die Beteiligung unterschiedlicher Zielgruppen in pädagogischen Prozessen zu kennzeichnen (vgl. Eikel 2006, 11ff; Knauer & Sturzenhecker 2005; Sturzenhecker 2008, 707). Auch tritt er in deutschsprachigen Stufenmodellen von Partizipation auf (vgl. Kap. 3.2.3). So werden hier die Begriffe Mitbestimmung und Mitwirkung als Abstufungen von Partizipation verwendet (z. B. bei Schröder 1995, 16; Stange & Tiemann 1999, 218), dabei erfolgt die Bestimmung nicht theoretisch, sondern plausibilitätsgeleitet. Darüber hinaus nimmt der Mitbestimmungsbegriff eine zentrale Rolle in Klafkis Bestimmung von allgemeiner Bildung ein (Klafki 2007, 52ff). Klafki konkretisiert Bildung als Zusammenhang individueller Mündigkeit und gesellschaftlicher und politischer Demokratisierung. Ziel von Bildung stellt für ihn die eigenaktive Erarbeitung und subjektive Verantwortung von drei Grundfähigkeiten dar: den Fähigkeiten zur Selbstbestimmung, zur Mitbestimmung sowie zur Solidarität (ebd., 52). Diese werden wie folgt definiert:

- Die Selbstbestimmungsfähigkeit ist die Fähigkeit „jedes einzelnen über seine individuellen Lebensbeziehungen und Sinndeutungen zwischenmenschlicher, beruflicher, ethischer, religiöser Art“ (ebd.) zu entscheiden. Hierin geht die klassische pädagogische Idee der Mündigkeit auf (Koller 2006, 105).
- Die Mitbestimmungsfähigkeit bezeichnet „Anspruch, Möglichkeit und Verantwortung für die Gestaltung unserer gemeinsamen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse“ (Klafki 2007, 52). Mit diesem Aspekt wird über die Ebene der Einzelperson hinaus eine gesellschaftliche

Dimension von Bildung betont, die Mitgestaltung der Lebensbedingungen ist somit Teil von Bildung.

- Die Solidaritätsfähigkeit stellt eine Relativierung des Anspruchs auf Selbst- und Mitbestimmung dar. Dieser ist nur dann gerechtfertigt, „wenn er nicht nur mit der Anerkennung, sondern mit dem Einsatz *für* [alle Kursivsetzungen i. O.] diejenigen und dem Zusammenschluß *mit* ihnen verbunden ist, denen eben solche Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten aufgrund gesellschaftlicher Verhältnisse, Unterprivilegierung, politischer Einschränkungen oder Unterdrückungen vorenthalten und begrenzt werden“ (ebd.).

In der Bildungsdimension der Mitbestimmung geht demzufolge die Partizipation von Bürger_innen an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse auf. Für Klafki steht Bildung in einem konstitutiven Zusammenhang zu Demokratie, so bestimmt er Allgemeinbildung „als *politische Bildung* [kursiv i. O.] zur aktiven Mitgestaltung eines weiter voranzutreibenden Demokratisierungsprozesses“ (Klafki 2007, 40). Bildungsfragen sind in diesem Verständnis immer auch Gesellschaftsfragen, Klafki (ebd., 49ff) spricht der Bildungstheorie und -praxis die Möglichkeit und die Aufgabe zu, gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen mitzugestalten und zu beurteilen und zwar unter dem Aspekt der Verantwortung für die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten eines jeden Menschen (ebd., 50f).

Hinsichtlich der Begriffe Mitwirkung und Mitbestimmung können die folgenden Punkte festgehalten werden:

- Der Mitbestimmungsbegriff impliziert im allgemeinen Sinne einen Bezug zu Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb von Organisationen.
- Er entstammt der Diskussion um arbeitnehmerische Beteiligung. Dabei hat er eine Doppelfunktion als Rechtsbegriff zur Bezeichnung konkreter Rechte und formalisierter Möglichkeiten von Arbeitnehmer_innen einerseits sowie als Überbegriff zur Diskussion von Partizipation im Wirtschaftssystem andererseits. Diesbezüglich kann er unterschiedlich ausgelegt werden, je nachdem welches Verständnis von Partizipation zugrunde gelegt wird.
- Der Mitwirkungsbegriff stellt ebenfalls einen konkreten Rechtsbegriff dar. Er bezeichnet weniger umfassende Rechte des Einbezugs in Entscheidungsprozesse. Diese beschränken sich auf Unterrichts-, Beratungs- und Vorschlagsrechte.
- Mitbestimmung wird auch im pädagogischen Zusammenhang verwendet, zum einen als Synonym oder Abstufung von Partizipation, zum anderen als ein Element des Bildungsbegriffs von Klafki. Allerdings ist eine Eingrenzung des Begriffsgehalts insgesamt schwierig, da theoriebezogene Überlegungen überwiegend fehlen.

2.1.4 Selbsthilfe

Der letzte zu klärende Begriff ist der Selbsthilfebegriff. Dem Ursprung nach ein umgangssprachliches Wort, bezeichnet ‚Selbsthilfe‘ eine Situation, in der „das Individuum oder ein Sozialgebilde, bei dem ein Mangel oder die Notwendigkeit einer Problemlösung auftritt, selbst für Abhilfe oder für die Beseitigung der Mangelercheinung sorgt“ (Grunow et al. 2012, 962). Es wird dabei zwischen individueller und sozialer Selbsthilfe unterschieden. Mit dem Terminus ‚individuelle Selbsthilfe‘, von Antor (2012, 296) als „Selbsthilfe in einem buchstäblichen Sinn“ bezeichnet, wird beschrieben, dass eine Person eine Notlage bzw. Problem ohne Hilfe durch Dritte behebt (Beck 2006, 383). Allerdings kann dies insbesondere bei sozialen und gesundheitlichen Problemen als Sonderfall gewertet werden (Grunow et al. 2012, 962). Soziale Selbsthilfe findet in unterschiedlichen Formen und sozialen Bezügen statt. Für die Alltagsbewältigung ist die sich in primären sozialen Bezugsgruppen wie Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft abspielende Selbsthilfe zentral. Darüber hinaus gibt es mit den Selbsthilfegruppen Zusammenschlüsse Gleichbetroffener, welche die gemeinsame Bearbeitung der Problemlage zum Ziel haben (Beck 2006, 383f). Sie entstehen, wenn sowohl das professionelle Hilfesystem als auch die informellen sozialen Netzwerke den existierenden Bedarf nicht angemessen erfüllen können (ebd., 384). Selbsthilfegruppen lassen sich bestimmen als „Zusammenschlüsse von Menschen, die sich in einer Notlage befinden, und gemeinschaftlich Wege zur Minderung, Bewältigung oder Lösung der Problemlage suchen“ (Engelhardt 2011, 505). Dabei ist der Bezug auf die Problemlage derjenige Aspekt, der Selbsthilfegruppen von anderen selbstorganisierten Zusammenschlüssen unterscheidet (ebd.).

In den letzten Jahren wird Selbsthilfe zwar auch zunehmend als eine Form des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne einer freiwilligen, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten und gemeinwohlorientierten Aktivität eingestuft (Deutscher Bundestag 2002, 333; Hill et al. 2013, 35ff), doch steht eine systematische Verhältnisbestimmung diesbezüglich bislang aus (Wegner 2013, 110f). Über die Unterschiede hinsichtlich der Formen, Strukturen und personenbezogenen Motivlagen hinaus stellt der Bezug auf Problemlagen und Versorgungslücken eine selbsthilfespezifische Eigenschaft dar (ebd., 103ff). Wohlfahrt & Breitkopf (1995, 47) nennen Betroffenheit als zentrales Kriterium zur Unterscheidung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement: Während bürgerschaftliches Engagement im Sinne einer Hilfe für andere zu verstehen ist, ist die eigene Betroffenheit ein Merkmal des Engagements im Bereich sozialer Selbsthilfe.

Zwar lassen sich bestimmte, empirisch nachgewiesene Merkmale als konstitutiv für Selbsthilfegruppen belegen, u. a. symmetrische Interaktion, freiwillige Mitgliedschaft,

Betroffenheit, keine Gewinnorientierung und keine oder geringe Mitwirkung professioneller Kräfte (Beck 2006, 384), doch ist aufgrund der Vielfalt der Vorkommensformen eine eindeutige empirische Systematisierung der Gruppen schwierig (Engelhardt 2011, 505). Typische Aktivitäten von Selbsthilfegruppen sind der Erfahrungsaustausch und Wissenserwerb, emotionale und praktische Unterstützung, Hilfen zur Veränderung der eigenen Situation, Kontakt und Geselligkeit sowie Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung (Borgetto 2001, 13). Die damit verknüpften Ziele werden nach ihrer Reichweite unterschieden: Ziele geringer Reichweite stellen die gegenseitige Unterstützung, die Informationsaneignung, der soziale Austausch, die Bewältigung von Problemen sowie die gemeinsame Freizeitgestaltung dar; Ziele mittlerer Reichweite sind die Einstellungsänderung bei Betroffenen, im sozialen Umfeld sowie die Interessenvertretung; als Ziele größerer Reichweite gelten die Veränderung von Organisationen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch politische Einflussnahme (ebd., 13f). Anhand der Zielsetzungen werden eher innenorientierte Gruppen, für die der Erfahrungsaustausch unter Betroffenen zentral ist, von eher außenorientierten Gruppen, welche die überindividuelle, gesellschaftliche und politische Dimension der Probleme in den Mittelpunkt stellen und hier innovative Lösungsansätze suchen, unterschieden (Engelhardt 2011, 509). Typische in der Selbsthilfeforschung beschriebene Wirkungen von Selbsthilfegruppen sind u. a. die Verbesserung der psychosozialen Befindlichkeit, die verbesserte Bewältigung von Problemen, die Erweiterung von Kompetenzen, die soziale Aktivierung, die positivere Gestaltung von Beziehungen in den primären sozialen Netzwerken sowie die sinnvollere Nutzung professioneller Dienstleistungen (ebd.).

Grundsätzlich werden verschiedene Organisationsformen von Selbsthilfeszusammenschlüssen unterschieden, neben den Selbsthilfegruppen existieren auch übergeordnete Formen. Diese werden dann als Selbsthilfeorganisation bzw. -verband bezeichnet (Cloerkes 2007, 79). Selbsthilfeverbände sind u. a. gekennzeichnet durch Hierarchisierung und Bürokratisierung, durch die Distanz zwischen Betroffenen und Funktionären, eine große Mitgliederzahl sowie überregionale Verbreitung (ebd.). Im Kontext von Behinderung existieren sowohl zeitlich als auch inhaltlich zu unterscheidende Selbsthilfeströmungen: Im Zuge nicht vorhandener staatlicher Fürsorge entstand zu Beginn des 19. Jahrhunderts die „alte Selbsthilfebewegung“ (Beck 2000, 117) in Form von Kirchen, Vereinen und engagierten Personen. Ein großer Teil dieser Initiativen entwickelte sich in der Folgezeit zu festen Institutionen, dabei kam es u. a. zu Bürokratisierung und Professionalisierung (ebd.). Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand dann die „neue Selbsthilfebewegung“ (Beck 2000, 118), zunächst durch Zusammenschlüsse von Kriegsversehrten. Ab den 1950er-Jahren folgten weitere Initiativen, vor

allem in der Form von Elterngruppierungen, welche in Eigenverantwortung Versorgungsalternativen zu den existierenden Angeboten schufen. Viele dieser Zusammenschlüsse entwickelten sich selbst zu großen Verbänden sowie zu Erbringern sozialer Dienstleistungen (Beck 2006, 385), sodass der Selbsthilfecharakter zunehmend in den Hintergrund geriet. Anders als die oben geschilderten Zusammenschlüsse, die den Aufbau eines Versorgungssystems zum Ziel hatten, rückte die ab den späten 1960er-Jahren aufblühende emanzipatorische Selbsthilfebewegung die Bürgerrechte von behinderten Menschen in den Fokus. Zentrale Leitbegriffe waren dabei Selbstbestimmung und Emanzipation (Cloerkes 2007, 81ff). Getragen wurde die Bewegung von behinderten Menschen selbst, vor allem durch Menschen mit Körper- und Sinnesbeeinträchtigungen. Erst ab Mitte der 1990er-Jahre entstanden auch Selbsthilfezusammenschlüsse von Menschen mit Lernschwierigkeiten (Kniel & Windisch 2005, 7f).

Insgesamt lässt sich als zentrales Merkmal von Selbsthilfe die Abgrenzung von professioneller Hilfe durch persönliche Betroffenheit und das sich daraus ergebende symmetrische Interaktionsmuster hervorheben: In professionellen Hilfebeziehungen kann Abhängigkeit und Kontrolle nie ganz abgebaut werden (Beck & Greving 2011, 67). Aufgrund „der strukturellen Überlegenheit des Helfenden und damit der Unterlegenheit und Abhängigkeit des Hilfesuchenden“ (Franz 2014, 27) ist in helfendem Handeln eine strukturelle Asymmetrie angelegt (ebd.). Durch diesen Sachverhalt sowie die implizite Zielgerichtetheit geht helfendes Handeln auch mit Aspekten sozialer Kontrolle einher, insbesondere wenn die Legitimation nicht eindeutig ist (ebd.). Helfende Professionen agieren dabei immer in einem Spannungsfeld von Hilfe und Kontrolle, welches sich zwischen dem Bedarf und den Ansprüchen der Klient_innen einerseits und den sozialstaatlichen Kontrollinteressen andererseits aufspannt (von Spiegel 2011, 37).

Folgende Punkte lassen sich summieren:

- Der ursprünglich umgangssprachliche Selbsthilfebegriff dient in der Wissenschaft als analytisch-deskriptiver Begriff. Die Selbsthilfeforschung ist empirisch geprägt. Theoriebezogene Begründungen finden sich kaum.
- Der Terminus nimmt vor allem hinsichtlich der Erforschung sozialer Selbsthilfe eine wichtige Rolle ein. Im Mittelpunkt stehen dabei Zusammenschlüsse von Betroffenen, die ein gemeinsames Problem zum Ausgangspunkt ihres Handelns machen, also Selbsthilfegruppen.
- Zentrales Merkmal dieser Gruppen ist die Abgrenzung von professioneller Hilfe. Ihre Ziele können von geringer, mittlerer oder hoher Reichweite sein, d. h. vom unmittelbaren Erfahrungsaustausch bis hin zur politischen Einflussnahme reichen. Dies hängt u. a. davon ab, wie das zugrunde liegende Problem eingeordnet wird.

In Bezug auf Behinderung reicht das Spektrum von Gruppen, welche die individuelle Beeinträchtigungsbewältigung als zentral erachten, bis hin zu Gruppen, die vor allem auf eine Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen hinarbeiten.

2.1.5 Zusammenfassung

An dieser Stelle sollen nun die bislang vorgestellten Termini zusammenschauend diskutiert und kontrastiert sowie eine Begründung der in der Arbeit verwendeten Begrifflichkeit vorgenommen werden:

- *Selbstvertretung* stellt einen zur Bezeichnung der Aktivitäten von Menschen mit Lernschwierigkeiten geschaffenen Begriff dar, der nur dann Sinn ergibt, wenn der Entstehungskontext sowie eine Abgrenzung von Stellvertretung mitgedacht werden. Unklar ist, ob und inwiefern der Begriff tatsächlich auf Menschen mit Lernschwierigkeiten selbst zurückgeht.
- *Interessenvertretung* dient als sozialwissenschaftlich etablierter Begriff zur Betrachtung von Vorgängen der Interessenvermittlung durch Interessengruppen. Der Begriff ist eng verbunden mit Fragen der Einflussnahme durch Interessengruppen auf die gesellschaftliche Güterverteilung sowie auf Willens- und Entscheidungsfindungsprozesse. Solche Interessengruppen sind z. B. soziale Bewegungen oder zivilgesellschaftliche Organisationen. Damit steht das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft im Zentrum des Begriffs und ein Bezug zum Gegenstand der Partizipation sowie damit verbundenen demokratietheoretischen Fragen ist implizit angelegt.
- *Mitbestimmung* und *Mitwirkung* entstammen dem Wirtschaftssystem; als formalisierte Rechtsbegriffe beschreiben sie individuelle wie kollektive Rechte der betrieblichen Partizipation. Auf allgemeiner Ebene ist im Mitbestimmungsbegriff darüber hinaus ein Bezug zu Entscheidungsprozessen innerhalb von Organisationen angelegt. Grundsätzlich besteht – wie beim Begriff der Interessenvertretung – ein Bezug zu Fragen von Demokratie und Partizipation.
- *Selbsthilfe* stellt einen ursprünglich der Alltagssprache entstammenden Begriff dar, der vor allem bezüglich der Abgrenzung von professioneller Hilfe relevant ist. Von anderen Zusammenschlüssen unterscheiden sich Selbsthilfegruppen durch die Betroffenheit der Mitglieder von einem gemeinsamen Problem. Je nach Zielsetzung der Gruppen können Fragen politischer Beteiligung relevant sein.

Trotz der unterschiedlichen Ursprünge und Bezugsdiskussionen ist deutlich geworden, dass die Begriffe sich in ihrem Bedeutungsgehalt überschneiden. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird für die Bezeichnung der betrachteten Zusammenschlüsse von

Menschen mit Lernschwierigkeiten, d. h. Wohnbeirat, Werkstattatrat sowie People-First-Gruppen, der Begriff der *Interessenvertretung* verwendet. Er bietet sich als Überbegriff insofern an, als er zum einen sozialwissenschaftlich verankert ist, zum anderen aber auch unabhängig von der konkreten Organisationsform sowohl für verfasste und formalisierte als auch für informell tätige Gruppen genutzt werden kann. Das heißt: Unabhängig davon, ob die Gruppen innerhalb oder außerhalb von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe agieren, wird mit dem Begriff der Interessenvertretung deren Funktion treffend beschrieben. Der Selbsthilfebegriff wäre für die Bezeichnung von im Kontext von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe agierenden Zusammenschlüssen problematisch, da die Abgrenzung von professioneller Hilfe sein Kernelement darstellt. Der Mitbestimmungs- und der Mitwirkungsbegriff jedoch eignen sich wiederum nicht für die unabhängig von Organisationen der Behindertenhilfe agierenden People-First-Gruppen. Zwar könnte alternativ zum Interessenvertretungsbegriff prinzipiell auch der Selbstvertretungsbegriff zur Anwendung kommen, doch ist dieser weder theoretisch ausreichend verankert noch inhaltlich klar zu bestimmen. Es fehlt insbesondere der Anschluss an allgemeine Überlegungen zur Interessenvertretung und deren demokratische Funktion als auch eine analytische Dimension.

Allerdings genügt der Begriff der Interessenvertretung nicht alleine, um den Gegenstand der Arbeit theoretisch ausreichend zu fassen. Er bezieht sich auf die Interessenaggregation und -vermittlung durch Interessengruppen und ist daher eher zur Betrachtung der Mesoebene geeignet; darüber hinaus ist er nicht handlungstheoretisch fundiert. Da aber die Subjektperspektive auf die Beteiligung an Interessenvertretung im Fokus der Arbeit steht, ist ein Begriff notwendig, der das Handeln der Individuen ausreichend berücksichtigt und zugleich der Spezifität dieses Handelns Ausdruck verleiht. Diese Funktion übernimmt der Partizipationsbegriff, er wird daher in den Kapiteln 3 und 4 als theoretisch umfassend begründete Begrifflichkeit zur Betrachtung der Zusammenhänge eingeführt. Im weiteren Verlauf des Kapitels 2 soll zunächst die tatsächlich stattfindende Interessenvertretung Thema sein. Dazu werden einerseits die gesetzlichen Rahmenbedingungen, andererseits empirische Erkenntnisse, welche über Interessenvertretungsgremien vorliegen, aufgearbeitet. So können auch bei der terminologischen Betrachtung aufgeworfene Fragen bezüglich der Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Gremientypen Wohnbeirat, Werkstattatrat und Selbsthilfegruppe beantwortet werden.

2.2 Gesetzliche Grundlagen

Einige Formen der Interessenvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten sind gesetzlich über Rechtsverordnungen näher geregelt. Dies betrifft Werkstatträte und unter bestimmten Voraussetzungen Wohnbeiräte (Bewohnerververtretungen). Für alle anderen Formen und Zusammenschlüsse, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe agieren, gibt es keine spezifischen Regelungen. Zwar können sich beispielsweise Selbsthilfegruppen als eingetragene Vereine registrieren lassen und unter bestimmten Voraussetzungen Mittel nach § 20c SGB V zur Förderung gesundheitsbezogener Selbsthilfe beantragen (GKV-Spitzenverband 2013, 8), doch sind hier keine Beteiligungsrechte formuliert. Die Basis für die Arbeit von Werkstatträten und Wohnbeiräten wird in Rechtsverordnungen, die in Ergänzung zum SGB IX für die WfbM sowie dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz für das Handlungsfeld Wohnen existieren (s. u.), gelegt.

Dabei sind weder Werkstatträte noch Wohnbeiräte spezifisch an Menschen mit Lernschwierigkeiten adressiert. Betrachtet man allerdings die Zahlen, welche über die Nutzung der Leistungen der Eingliederungshilfe diesbezüglich vorliegen, so wird deutlich, dass diese Zielgruppe die Mehrheit der Leistungsempfänger_innen in den entsprechenden Kontexten stellt: Im Arbeitsbereich der WfbMs (hierauf bezieht sich die Werkstätten-Mitwirkungsverordnung) galten 2012 gemäß Zahlen der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger 74,5 % der Leistungsberechtigten als geistig behindert (BAGüS, 2013, 51). Im stationären Wohnen (hierauf war die Heimmitwirkungsverordnung ausgerichtet, bei den Folgeverordnungen unter dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz ist dies überwiegend ebenso) betraf dies im Jahr 2012 63,9 % der Leistungsempfänger_innen (ebd., 40). Dementsprechend stellen Menschen mit Lernschwierigkeiten die größte Zielgruppe der rechtlichen Regelungen dar. Andersherum ausgedrückt sind damit einrichtungsgebundene Gremien für viele Menschen mit Lernschwierigkeiten die primäre, lebensweltnahe Möglichkeit zur Interessenvertretung.

2.2.1 Werkstätten-Mitwirkungsverordnung

In den 1980er-Jahren wurde erstmals über eine Interessenvertretung von Beschäftigten innerhalb der Werkstatt nachgedacht: Auf Grundlage des Schwerbehindertengesetzes wurde in § 14 der Werkstätten-Verordnung (WVO) von 1980 als fachliche Anforderung an Werkstätten formuliert, „den Behinderten eine angemessene Mitwirkung in den ihre Interessen berührenden Angelegenheiten“ zu ermöglichen. Dabei, so Cramer (2009, 387), handelte es sich um eine bewusst offene Formulierung mit der Begründung, dass der vorliegende Kenntnisstand keine nähere Regelung der Umsetzung möglich mache.

Dementsprechend war diese frühe Phase der Mitwirkung in Werkstätten von einem gewissen experimentellen Charakter geprägt. Viele der Werkstätten entwickelten eigene Modelle und Formen der Mitwirkung (ebd.). Die Ableitung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Mitwirkung war nicht gegeben, da in der WVO nur die fachlichen Anforderungen an die Werkstatt geregelt wurden (Wendt 2002, 321). Es existieren behindertenpädagogische Veröffentlichungen für diese Phase, beispielsweise von Badelt (1984), Leuwer (1985) und König (1986), welche exemplarisch die Ausgestaltung in einzelnen Werkstätten vorstellen. Dabei sind diese frühen Texte von der Argumentation geprägt, die in der Mitwirkung liegenden Möglichkeiten ganz grundsätzlich aufzuzeigen. Der Übergang in die nächste Phase der Entwicklung der Mitwirkung wurde ab 1991 beschritten, als eine durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung einberufene Arbeitsgruppe einen Vorschlag zur Regelung der Mitwirkung sowie eine Bestandsaufnahme der Umsetzung in Form des Berichts von Breit & Kotthoff (1990)⁹ präsentierte (Cramer 2009, 387). Zentrale Vorschläge waren u. a. ein Mitbestimmungsrecht des Werkstatttrats, die Einführung eines Konfliktregelungsverfahrens und die Einrichtung einer Vermittlungsstelle (Wendt 2002, 321). Ebenfalls 1991 legte Däubler ein juristisches Gutachten vor und beendete damit die bis dahin geführte Diskussion über das Einräumen von Mitwirkungsrechten auch bei Geschäftsunfähigkeit (ebd.). Er verwies auf die gemäß der Heimmitwirkungsverordnung von 1976 bereits existierenden Heimbeiräte (vgl. Kap. 2.2.2) sowie auf seit 1980 freiwillig eingerichtete Werkstattträte. Aus deren Arbeit ließe sich ableiten, dass die Geschäftsfähigkeit kein für die Vergabe von Mitwirkungsrechten relevantes Kriterium sei (Wendt 2002, 321f). Auf Grundlage der 1991 vorgelegten Vorschläge für eine Regelung der Mitwirkung der Behinderten in Werkstätten für Behinderte entstanden verschiedene Mustersatzungen für Werkstattträte, u. a. erstellt durch die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., durch den Verband evangelischer Einrichtungen für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung und durch den Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e. V. (Cramer 2009, 388). Im Rahmen einer Reform des Sozialhilferechts wurde 1996 dann mit § 54 c des Schwerbehindertengesetzes die Mitwirkung von Beschäftigten des Arbeitsbereichs geregelt sowie der Weg zu Arbeitsgerichten bei Rechtsstreitigkeiten eröffnet (ebd.). Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde die Ermächtigung erteilt, eine Verordnung zu Art, Umfang und Regelung der Mitwirkung zu erlassen. Verabschiedet wurde diese Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) dann schließlich zusammen mit dem SGB IX erst im Jahre 2001 (ebd.). Wendt (2002, 322f) nennt als Gründe für eine Verzögerung Streitigkeiten um die Übernahme der zu erwartenden Mehrkosten sowie verfassungsrechtliche Bedenken vonseiten der evangelischen und der katholischen

⁹ Auf dessen Ergebnisse wird in Kapitel 2.3 näher eingegangen, da diese auch heute noch einen empirischen Anhaltspunkt für die Einschätzung der Umsetzung von Mitwirkung bieten.

Kirchen hinsichtlich des Gültigkeitsbereichs. Gelöst wurden die Probleme schließlich durch die in § 1 Abs. 2 formulierte Ausnahmeregelung, welche die Anwendung der WMVO auf Religionsgemeinschaften ausnimmt, wenn diese gleichwertige eigene Regelungen getroffen haben (ebd.). Daher existieren neben der WMVO auch die Caritas-Werkstätten-Mitwirkungsordnung (CWMO) und die Diakonie-Werkstättenmitwirkungsverordnung (DWMV) (Schlummer & Schütte 2006, 78f). Um Kosten gering zu halten, wurde für die WMVO entschieden, dass in den Zweigwerkstätten keine eigenen Werkstatträte gebildet werden, sodass mit den ersten auf der neuen Rechtsgrundlage durchgeführten Wahlen die Zahl der Werkstatträte deutlich reduziert werden musste (Wendt 2002, 323). Seit 2001 wurden verschiedene Initiativen zur Implementation der WMVO gestartet, u. a. die in Kooperation der großen Verbände der Behindertenhilfe, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes entwickelte Fortbildungskonzeption für Werkstattrat_innen (Bieneck & Engelmeyer 2004). Auch sind in einigen Bundesländern Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte, Organe der regionalen und überregionalen Vernetzung sowie mit der Bundesvereinigung der Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte e. V. (BVWR) ein bundesweiter Dachverband zur Interessenvertretung entstanden (BVWR 2013).

Gemäß § 139 Abs. 1 SGB IX wirken die in § 138 Abs. 1 SGB IX genannten behinderten Menschen¹⁰

„unabhängig von ihrer Geschäftsfähigkeit durch Werkstatträte in den ihre Interessen berührenden Angelegenheiten der Werkstatt mit. Die Werkstatträte berücksichtigen die Interessen der im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten tätigen behinderten Menschen in angemessener und geeigneter Weise, solange für diese eine Vertretung nach § 36 nicht besteht.“

Die Aufgaben des Werkstattrats sind in § 4 der WMVO benannt. U. a. vermittelt er in Streitsachen, achtet auf die Einhaltung des Arbeitsschutzes, macht Verbesserungsvorschläge, kümmert sich um Beschwerden und Anregungen der Beschäftigten und setzt sich besonders für die Probleme der betreuungs- und förderbedürftigen sowie der weiblichen Beschäftigten ein. Er hat gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 *Mitwirkungsrechte* bei folgenden Punkten:

- Aufstellung einer Werkstattordnung
- Beschäftigungszeit

¹⁰ § 138 Abs. 1 SGB IX bezieht sich auf behinderte Menschen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten, die keine Arbeitnehmer sind, sondern in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis stehen. Die WfbM ist gemäß § 136 Abs. 2 SGB IX nur für die Menschen offen, die nach Teilnahme am Berufsbildungsbereich ein „Mindestmaß wirtschaftlicher Arbeitsleistung“ erbringen können. Die in der WMVO getroffenen Regelungen sind also z. B. für Tagesförderstätten und andere im Handlungsfeld Arbeit existierende Formen der Beschäftigung nicht gültig.

- Aufstellung von Entgeltordnungen
- Auszahlung des Arbeitsförderungsgeldes
- Urlaubsgrundsätze
- technische Überwachungseinrichtungen
- Unfall- und Gesundheitsschutz
- Fort- und Weiterbildung
- Verpflegung
- bauliche Maßnahmen
- Erweiterung oder Schließung von Abteilungen
- Einrichtung von Aufenthaltsräumen und Sanitäranlagen
- Gestaltung von Arbeitsplätzen
- Einsatz neuer Maschinen
- Mitgestaltung von Feiern, Jubiläen und Freizeitmaßnahmen

Darüber hinaus besteht gemäß § 7 ein *Unterrichtungsrecht* bei der Kündigung und Versetzung von Beschäftigten sowie der Einstellung von Betreuungspersonal. Unterrichtung bedeutet dabei, dass alle Unterlagen, die für die Information des Werkstatttrats nötig sind, unaufgefordert durch die Geschäftsführung vorgelegt werden müssen (Wendt 2002, 325f). In einigen Punkten bestehen Bezüge zum Betriebsverfassungsgesetz. So ist die Zusammenarbeit von Werkstattleitung, Betriebsrat oder Mitarbeitervertretung, Schwerbehindertenvertretung und Werkstatttrat vorgesehen; Werkstattträte können auch Unterstützung durch Gewerkschaften (und Behindertenverbände) in Anspruch nehmen (ebd., 326). Für die Wahrnehmung der Aufgaben im Werkstatttrat werden die Mitglieder gemäß § 37 freigestellt, innerhalb der vierjährigen Amtszeit besteht ein 20-tägiger Anspruch auf Fortbildung (für Wiedergewählte zehn Tage).

Die WMVO ist nicht ohne Kritik geblieben, die wesentlichen Punkte fasst das von der BVWR veröffentlichte Positionspapier, worin eine Weiterentwicklung dieser Verordnung gefordert wird (BVWR 2011), zusammen. Die in diesem Papier genannten Punkte entsprechen der in der Literatur geführten Diskussion (vgl. dazu Wendt 2002, 28f; Bieneck & Engelmeyer 2004; Schütte & Schlummer 2006; Schlummer & Schütte 2006, 71ff):

- Durch die Existenz von drei verschiedenen Mitwirkungsverordnungen (WMVO, CWMO, DWMV) bestehen Unterschiede und Unsicherheiten in der Umsetzung von Mitwirkung. Gefordert wird daher eine bundeseinheitliche, trägerübergreifende Verordnung, welche als einheitliche Rechtsgrundlage dient (BVWR 2011, 2).

- Es sind bislang nur Beschäftigte aus dem Arbeitsbereich wahlberechtigt, der Eingangs- und Berufsbildungsbereich ist im Werkstatttrat nicht vertreten. Zudem sind Zweigstellen innerhalb einer Gesamtwerkstatt nicht ausreichend repräsentiert. Die BVWR (2011, 3; 5) fordert daher die Wahl eines Gremiums auch in Betriebsstätten ab 20 Beschäftigten sowie eine erweiterte Berücksichtigung der Interessen von Personen aus dem Eingangs- und Berufsbildungsbereich.
- Neben Mitwirkungs- sollen auch Mitbestimmungsrechte gewährt werden. Dies betrifft: Aufstellung und Änderung der Werkstattordnung, Arbeitszeit, Aufstellung des Urlaubsplans, Entgeltgestaltung, Leistungsüberwachung der Beschäftigten, Fort- und Weiterbildung, Gestaltung von Räumen, Verpflegungsfragen, Gestaltung sozialer Aktivitäten, Baumaßnahmen sowie Personaleinstellung (ebd., 5f).
- Die in § 5 Abs. 3 gewählte Formulierung des Unterrichtsrechts „rechtzeitig, umfassend und in angemessener Weise“ wird bezüglich der mangelnden Präzision kritisiert, hier soll in jeder Werkstatt eine Vereinbarung getroffen werden, was dies genau impliziert (ebd., 7).
- Die Freistellung für Werkstattträte von der Arbeitszeit soll auch für die Wahrnehmung von Aufgaben regionaler und überregionaler Vernetzung, d. h. der Mitarbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften bzw. der Bundesvereinigung der Landesarbeitsgemeinschaften, ermöglicht werden (ebd., 9).
- Es wird weiterhin die in § 39 Abs. 3 geregelte Bestimmung kritisiert, welche besagt, dass die Vertrauensperson aus der WfbM stammen muss. Der Vorschlag der BVWR diesbezüglich ist, dass es sich sowohl um eine externe Vertrauensperson als auch um eine Person aus der Werkstatt handeln kann (ebd., 10). In diesem Zuge wird das Verfassen einer Vereinbarung zwischen der Vertrauensperson und dem Gremium vorgeschlagen.

Auch wenn also grundsätzlich die flächendeckende Einführung der Interessenvertretungsmöglichkeiten innerhalb der WfbM durch die WMVO zu begrüßen ist, bestehen umfassende Veränderungsnotwendigkeiten. Dies betrifft die trägerübergreifende Vereinheitlichung der Regelungen, die Ausweitung über den Arbeitsbereich hinaus, die Erweiterung der gewährten Rechte auf Mitbestimmungsrechte, die Regelung von Verfahren insbesondere zur Umsetzung des Unterrichtsrechts, die Förderung der Vernetzung der Gremien auf trägerübergreifender, Länder- und Bundesebene sowie die angemessene Unterstützung des Werkstattrats. Es geht also sowohl um die Ausweitung der Rechte als auch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die für eine wirksame Interessenvertretung der Werkstattträte erforderlich sind.

2.2.2 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz und Mitwirkungsregelungen auf Länderebene

Die Mitwirkung in Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe war bereits 1974 in der ersten Fassung des Heimgesetzes berücksichtigt, eine eigene Verordnung zur Mitwirkung der Bewohner_innen wurde erstmals 1976 publiziert (Schlummer & Schütte 2006, 106). Erst mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Heimgesetzes vom 05.11.2001 sowie der Heimmitwirkungsverordnung (HeimwV) vom 25.07.2002 wurde dann eine umfassende rechtliche Grundlage für die Mitwirkung geschaffen (ebd., 107ff). Ebenso wie die WMVO für den Werkstattatrat regelte die HeimwV die Bildung, Zusammensetzung, Amtszeit, Geschäftsführung und die Aufgaben des Heimbeirats (ebd.). In § 29 wurden allgemeine Aufgaben des Beirats genannt, in § 30 spezifische Aktivitäten. Konkrete Verfahren der Mitwirkung waren nach § 32 HeimwV die Informationspflicht sowie die Pflicht des Einbezugs von Anregungen des Beirats durch die Leitung oder den Träger:

„(2) Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist der Heimbeirat durch die Leitung oder durch den Träger ausreichend und rechtzeitig zu informieren und nach Möglichkeit auch fachlich zu beraten. [...]“

(3) Entscheidungen in Angelegenheiten nach den §§ 30, 31 hat die Leitung oder der Träger mit dem Heimbeirat vor ihrer Durchführung rechtzeitig und mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern. Anregungen des Heimbeirats sind in die Überlegungen bei der Vorbereitung der Entscheidungen einzubeziehen.“

Die Entscheidungsfindung selbst verblieb aber bei der Einrichtungsleitung bzw. dem Träger, ein Mitbestimmungsrecht stand dem Beirat nicht zu. Abgelöst wurde das Heimgesetz 2009 durch das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG), mit welchem die vertragsrechtlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Heimrechts weiter beim Bund verbleiben, die ordnungsrechtlichen Vorschriften der Heimgesetzgebung dagegen auf die Bundesländer übergegangen sind (BIVA 2010, 7). Während die Intention des Heimgesetzes in erster Linie den Schutz der Bewohner_innen darstellte, ist das WBVG ein Verbraucherschutzgesetz. Es löst sich von der Wohnform ‚Heim‘ und kommt gemäß § 1 Abs. 1 allgemein zur Anwendung für Verträge zwischen

„einem Unternehmer und einem volljährigen Verbraucher, in dem sich der Unternehmer zur Überlassung von Wohnraum und zur Erbringung von Pflege- oder Betreuungsleistungen verpflichtet, die der Bewältigung eines durch Alter, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung bedingten Hilfebedarfs dienen.“

Ziel ist der Schutz der Verbraucher_innen, da mit der Überlassung von Wohnraum sowie dem Erbringen von Pflege- oder Betreuungsleistungen eine erhöhte Abhängigkeit vom Anbieter einhergeht (BIVA 2010, 9f). Das Gesetz betrifft also in erster Linie Wohnformen, welche auch als „stationär“ bezeichnet werden, beschränkt sich aber nicht auf diese. Es regelt individuelle Verbraucherrechte (z. B. die vorvertragliche Informationspflicht in § 3), ordnungsrechtliche Zusammenhänge – dazu zählt die Regelung der

Mitwirkung – sind nun aber Ländersache. Dort, wo noch keine Durchführungsverordnungen erlassen sind, gelten weiterhin die alten Bundesverordnungen (ebd.). Durch diese Neuregelung ergibt sich eine Vielfalt der Regelungen, die sich bereits in der Benennung der Gesetze, aber auch der Gremien niederschlägt. So gilt z. B. in Schleswig-Holstein das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (Gremium: Bewohnerbeirat), in Berlin das Wohnteilhabegesetz (Gremium: Bewohnerbeirat), in Hamburg das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz (Gremium: Wohnbeirat) und in Mecklenburg-Vorpommern das Einrichtungenqualitätsgesetz (Gremium: Bewohnervertretung). Auch die Ausgestaltung der Rechte stellt sich unterschiedlich dar. Insgesamt gilt jedoch, dass der Beirat ein Mitwirkungsrecht und kein direktes Mitbestimmungsrecht hat (BIVA 2015, o. S.). Zusammenfassend lassen sich die Mitwirkungsaufgaben des Beirats wie folgt darstellen (ebd.). Mitwirkung bei:

- Aufstellung oder Änderung der Musterverträge für Bewohner_innen und der Hausordnungen
- Maßnahmen zur Unfallverhütung
- Änderung der Entgelte
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen
- Alltags- und Freizeitgestaltung
- Unterkunft, Betreuung und Verpflegung
- Erweiterung, Einschränkung oder Einstellung des Einrichtungsbetriebs
- Zusammenschluss mit anderer Einrichtung
- Änderung der Art und des Zwecks der Einrichtung oder der Teile
- umfassende bauliche Veränderungen oder Instandsetzungen
- Maßnahmen zur Förderung der Betreuungsqualität
- Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen mit den Pflegekassen und Sozialhilfeträgern

Eine Ausnahme in der Gesetzgebung stellen die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein dar, welche den Beiräten für bestimmte Bereiche Mitbestimmungsrechte übertragen haben (BIVA 2015, o. S.). § 19 der Durchführungsverordnung zum Selbstbestimmungsstärkungsgesetz in Schleswig-Holstein lautet beispielsweise:

„Der Bewohnerbeirat bestimmt bei Entscheidungen der Leitung oder des Trägers der stationären Einrichtung in folgenden Angelegenheiten mit: 1. Aufstellung der Grundsätze der Verpflegungsplanung, 2. Planung und Durchführung von Veranstaltungen zur Freizeit- und Alltagsgestaltung, 3. Aufstellung und Änderung der Hausordnung, 4. Gestaltung der Gemeinschaftsräume.“

Damit sind also erstmals direkte Mitbestimmungsrechte festgeschrieben. Jedoch lässt sich kritisch anmerken, dass die Mitbestimmung auf alltägliche Aspekte beschränkt ist und in

Bezug auf alle anderen Themen weiterhin lediglich Mitwirkungsrechte formuliert sind. In Schleswig-Holstein hat sich im Jahr 2014 auch ein überregionaler und trägerübergreifender Zusammenschluss, die Landesarbeitsgemeinschaft der Bewohnerbeiräte, gegründet (Alle Inklusive 2014, o. S.).

Da mit der Ablösung des Heimgesetzes durch das WBVG eine Situation entstanden ist, in welcher keine einheitlichen Regelungen zur Mitwirkung auf Bundesebene vorliegen, ist eine umfassende Einordnung der Reichweite der Rechte der Gremien nur auf Länderebene möglich. Es werden hier lediglich einige Punkte formuliert, die in diesem Zusammenhang geprüft und bezüglich derer Anforderungen für eine Weiterentwicklung formuliert werden können:

- Zunächst stellt sich die Frage, ob die aktuell bestehende föderalistische Struktur notwendig und sinnvoll ist. Mit 16 verschiedenen Regelwerken zur Mitwirkung werden grundsätzliche Einschätzungen erschwert. Auch eine Vernetzung der Interessenvertretungsgremien – wie bei den Werkstattträtern auf Bundesebene geschehen – und die Formulierung einheitlicher Positionen und Interessen wird dadurch verkompliziert.
- Weiterhin ist umstritten, ob die gewährten Mitwirkungsrechte ausreichen, oder ob nicht – wie in einigen Bundesländern bereits geschehen – Mitbestimmungsrechte für die Gremien formuliert werden können. Auch die Reichweite und der Geltungsbereich der Rechte ist zu diskutieren.
- Schließlich stellt sich – wie auch für die WMVO – die Frage, wie die Rechte konkret ausgestaltet werden und welche Verfahren und unterstützenden Maßnahmen hierzu nötig sind. Hieran macht sich letztendlich die Wirksamkeit der Interessenvertretung fest.
- Wird der Gedanke des Verbraucherschutzes weitergeführt, so steht außerdem zur Debatte, ob dieser tatsächlich nur bei der kombinierten Inanspruchnahme von Wohnraum und Betreuungs- oder Pflegeleistungen relevant ist oder ob eine Erweiterung auch im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Leistungen im eigenen Wohnraum sinnvoll wäre und auch hier (d. h. für den ambulanten Bereich) Möglichkeiten der Interessenvertretung gesetzlich geregelt werden sollten.

2.2.3 Reichweite und Relevanz der Mitwirkungsregelungen

An dieser Stelle sollen die bislang im Hinblick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen angesprochenen Punkte zusammenfassend eingeordnet werden: Explizite, verfasste Regelungen zur Mitwirkung (und z. T. Mitbestimmung) existieren für traditionelle behindertenpädagogische Organisationen bzw. Teilbereiche. Dies betrifft den Arbeitsbereich der WfbM sowie nach dem WBVG als Wohn- und Betreuungseinrichtungen

anerkannte Wohneinrichtungen (oder diesen gleichgestellte Wohnformen)¹¹. Andere Angebotsformen, also z. B. Tagesförderstätten, ambulante Dienste oder Angebote der Erwachsenenbildung, sind davon ausgenommen. Sofern hier Möglichkeiten der Interessenvertretung bestehen, basiert dies in der Regel auf einer freiwilligen Verpflichtung der Träger, ein Rechtsanspruch besteht aber nicht. Gerade im Zuge massiver Umbrüche und Veränderungen in der Behindertenhilfe, die u. a. eine Stärkung offener und ambulanter Angebote bedeuten, stellt sich dies als problematisch dar. Partizipationsstrukturen, welche die umfassende und kollektive Interessenartikulation von *allen* Nutzer_innen sozialer Dienste und Einrichtungen ermöglichen, sind bislang nicht flächendeckend vorhanden (vgl. Kap. 3.3.3 zu Partizipationsimpulsen durch das SGB IX).

Insgesamt gilt, dass die Einflussmöglichkeiten der verfassten Interessenvertretungen innerhalb von Einrichtungen recht gering sind. Zwar besteht gedanklicher Bezug zur Mitbestimmung, doch sind überwiegend Mitwirkungsrechte benannt. Dies bedeutet, dass die Gremien informiert bzw. unterrichtet werden müssen und ihre Anregungen in die Entscheidungsfindung der Leitungskräfte einfließen sollen. Sofern – wie z. B. in Schleswig-Holstein – überhaupt eine direkte Beteiligung an Entscheidungen möglich ist, beschränkt sich dies auf alltägliche Aspekte aus dem unmittelbaren Lebensumfeld. Auch hierbei kann es sich für die Einzelnen um sinnvolle Aktivitäten handeln (vgl. Kap. 6), doch unter strukturellen Gesichtspunkten ist von einer mit dem Partizipationsgedanken ebenfalls verknüpften Demokratisierung von Strukturen wenig zu sehen:

„Wenngleich die in den Mitwirkungsverordnungen genannten Aufgaben und Mitwirkungsbereiche der Werkstatt- und Heimbeiräte durchaus umfangreich sind, bleiben die aktiven Partizipationsmöglichkeiten insgesamt doch beschränkt, weil die Räte Mitwirkungs- aber keine Mitbestimmungsrechte besitzen. Die gesamte Entscheidungs- und Verantwortungskompetenz liegt nach wie vor bei den Einrichtungsträgern, so dass auch hier zuweilen der Eindruck einer Scheinbeteiligung entsteht“ (Wansing 2005, 170).

In der Literatur zur Mitwirkung in der WfbM werden mögliche Gründe der Beschränkung von Rechten zur Interessenvertretung diskutiert. Dabei werden zwei auf unterschiedlichen Ebenen zu verortende Ursachen angeführt: Zum einen wird die Vermutung geäußert, dass bei der Entwicklung der WMVO Bedenken darüber existierten, „dass den Beschäftigten einer WfbM aufgrund ihrer Behinderung oder mangelnder Erfahrung der Überblick für (weitreichende) Entscheidungen fehlt“ (Schlummer &

¹¹ Insbesondere für den Bereich des Wohnens sind allgemeine Aussagen durch die föderale Regelung problematisch. So sind beispielsweise (ambulante) Wohngemeinschaften ab 10 Personen gemäß § 9 Abs. 2 des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes mit Wohneinrichtungen gleichgestellt. Entscheidend ist hier also die Größe. Über die angesprochenen Handlungsfelder des Wohnens und der Arbeit hinaus gibt es auch für den Bereich Schule, also in den Schulgesetzen, Regelungen zur Interessenvertretung. Da in der Arbeit aber die Situation erwachsener Menschen im Mittelpunkt steht, wird darauf nicht näher eingegangen.

Schütte 2006, 75). Um es anders auszudrücken: Die unterstellte fehlende Partizipationskompetenz führt so zu einem nicht umfassend gewährten Recht auf Beteiligung. Jedoch lässt sich diese Vermutung nicht eindeutig belegen, so ist ja z. B. die Geschäftsfähigkeit explizit nicht als Kriterium für die Gewährung von Mitwirkungsrechten herangezogen worden (vgl. Kap. 2.2.1). Daher kann davon ausgegangen werden, dass es auch andere Gründe für die Beschränkung der gewährten Rechte geben muss.

Hierfür ist die Betrachtung der Organisationsstrukturen behindertenpädagogischer Einrichtungen und Dienste nötig: Breit & Kotthoff (1990, 146f) führen aus, dass der Unterscheidung von Mitwirkung und Mitbestimmung ein strukturelles Problem zugrunde liegt. Die im Mitwirkungsbegriff zum Ausdruck kommenden eingeschränkten Beteiligungsrechte sind für sie „keine Frage der Mitwirkungskompetenz und -qualifikation der Behinderten“ (ebd.), sondern in der Organisationsstruktur der WfbM angelegt. Es besteht ein Statusunterschied zwischen den Mitarbeiter_innen mit Arbeitnehmerstatus und den Nutzer_innen bzw. Beschäftigten, welche sich lediglich in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis befinden (Cramer 2009, 24f). Dieser Unterschied der Statusgruppen kommt auch in den unterschiedlichen Beteiligungsrechten zum Ausdruck: Auf der einen Seite stehen Arbeitnehmer_innen, deren Interessen durch einen Betriebsrat vertreten werden, welcher über Mitbestimmungsrechte verfügt; auf der anderen Seite stehen Beschäftigte, deren Interessen mittels eines über Mitwirkungsrechte verfügenden Werkstattrats vertreten werden (Breit & Kotthoff 1990, 147).

„Diese strukturelle Besonderheit [die zwei Statusgruppen] macht die Wfb und den Werkstattrat eher mit einer Schule und der Schülermitverwaltung, einem Heim und dem Heimrat oder mit einem Krankenhaus und einer denkbaren Patienten-Mitwirkung vergleichbar, als mit Betrieben und dem Betriebsrat in der freien Wirtschaft“ (ebd.).

Die beiden unterschiedlichen Statusgruppen haben „jeweils eine eigene Identität in der Organisation“ (ebd.). Veränderungen sind schwierig, da diese für die Arbeitnehmerseite Status- und Machtverlust bedeuten würden (ebd.). Mit Blick auf die momentane Organisationsform der WfbM kann dieses strukturelle Problem nicht aufgelöst werden, der Partizipation der Beschäftigten sind also strukturelle Grenzen gesetzt.

Mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten bedeutet zugleich einen grundsätzlichen Strukturwandel der Organisationsform WfbM:

„Der Werkstatttratt kann aufgrund dieser Gegebenheiten nur ein betreuter, geschützter, angeleiteter vor allem aber von der Leitung *gestützter* [kursiv i. O.] Rat sein und nur dies ist er unseren empirischen Ergebnissen zufolge. Dies ist der Januskopf des Werkstatttrates: Wenn er aus eigener Kraft unbetreut und ungeschützt ein starker Interessenvertreter wäre und eine ‚erste Geige‘ im Politikfeld der Werkstatt spielte, dann wäre er hier nicht nur ein Vertreter von Interessen, sondern zugleich automatisch der Agent eines radikalen Strukturwandels, das heißt einer Neu-Definition aller Gruppenidentitäten“ (Breit & Kothhoff 1990, 147).

Dabei beschränken sich die in der Organisationsstruktur angelegten Grenzen nicht nur auf die WfbM. Ganz grundsätzlich können die Existenz hierarchischer Strukturen und die Zentralisierung von Entscheidungsprozessen als Merkmale von Organisationen beschrieben werden (Franz 2014, 86ff). Eine Etablierung von Partizipationsmöglichkeiten innerhalb von Organisationen geht damit mit einem grundsätzlichen Veränderungsprozess dieser, nämlich dem Abbau von Hierarchien, einher (ebd.). Dem sind allerdings insofern Grenzen gesetzt, als Organisationen nicht ganz ohne Hierarchie funktionieren (ebd., 87):

„Damit ist nicht gesagt, dass sich Zentralisierung, Hierarchie und Asymmetrie an keiner Stelle von Organisationen abbauen lassen. Vielmehr gilt es – gerade aufgrund der zugrunde liegenden Problematik – nach Wegen zu suchen, diese Veränderungen zu ermöglichen“ (Franz 2014, 88).

Insofern als die Etablierung von Mitbestimmungsmöglichkeiten eine grundsätzliche Veränderung der Entscheidungsstrukturen innerhalb von Organisationen bedeutet, kann sie nicht nur bei einer Statusgruppe stehen bleiben (Franz 2014, 95f). Anhand der hier vorgenommenen Ausführungen wurde aufgezeigt, dass die Frage der Reichweite von Partizipation, die in Bezug auf die oben vorgestellten Verordnungen aufkommt, ganz grundsätzliche Fragen der Veränderung behindertenpädagogischer Organisationen berührt. Die Implementation einer wirkungsvollen Interessenvertretung ist daher an Überlegungen zu einer möglichen Demokratisierung von Strukturen innerhalb von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe insgesamt geknüpft.

2.3 Erkenntnisse zur Umsetzung von Interessenvertretung

Um zu einer Einschätzung bezüglich der Rahmenbedingungen für Partizipation in Interessenvertretungsgremien zu gelangen, bedürfen die bis hierher gemachten Ausführungen einer Ergänzung um empirische Erkenntnisse. Diese lassen analytische Aussagen zu bereits aufgeworfenen Fragen zu, z. B. ob und inwiefern innerhalb von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe agierende Interessenvertretungs-

gremien von denjenigen, welche außerhalb dieses Kontexts operieren, unterschieden werden müssen. Auch hinsichtlich der Umsetzung bestehender Verordnungen und der praktizierten Nutzung von Mitwirkungsrechten ist dann eine Einschätzung möglich. Bezüglich der in der Arbeit erforschten subjektiven Perspektive auf Interessenvertretung stellt sich außerdem die Frage, welche Erkenntnisse zur Perspektive von Menschen mit Lernschwierigkeiten auf Interessenvertretung vorliegen. Im Verlauf des folgenden Abschnitts wird deutlich werden, dass insbesondere dieser Gegenstand bislang in der Forschung kaum betrachtet wurde. Der Großteil der vorliegenden empirischen Studien rückt die Gruppenebene von Interessenvertretung und damit verbundene Fragen in den analytischen Fokus (Kap. 2.3.3 widmet sich den wenigen Ausnahmen).

Grundlage für die in diesem Teilkapitel getroffenen Aussagen stellen empirische Studien zur Interessenvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten dar, d. h. Publikationen, die methodisch kontrolliert entstanden sind und damit generalisierbare Aussagen, welche über Einzelerfahrungen hinausgehen, möglich machen. Es liegen allerdings nur wenige solche Arbeiten vor:

- Für die *Interessenvertretung durch Werkstattträte* stellt die bereits vor ca. 25 Jahren erschienene Publikation¹² von Breit & Kotthoff (1990) nach wie vor die Grundlage für verallgemeinerbare Aussagen dar. Trotz des Alters der Studie sowie der Tatsache, dass sie sich auf die Situation vor der Einführung der WMVO bezieht, ist sie nach wie vor die Veröffentlichung mit der größten Reichweite und Aussagekraft. Das zweigliedrige Forschungsdesign besteht auf qualitativ basierten Fallstudien in 15 exemplarisch ausgewählten WfbMs, für die Leitfadenterviews mit Vertreter_innen aller Statusgruppen geführt wurden (Breit & Kotthoff 1990, 7f). Dies wird ergänzt durch eine schriftliche Befragung der Werkstattträte sowie der Geschäftsführungen (ebd., 9). Verschickt wurden die Fragebögen auf Basis der von den Trägerverbänden übermittelten Adressenlisten an 372 Werkstätten, die Rücklaufquote betrug 57 % (ebd., 10). Nach Bereinigung der Datensätze gingen Daten aus 168 Werkstätten in die Auswertung ein. Der Anteil an Menschen mit Lernschwierigkeiten betrug in 66 % der befragten Werkstätten über 75 %, in 23 % zwischen 50 % und 75 % und in 11 % unter 50 % (ebd., 11).
- Für Aussagen über die *Interessenvertretungsgremien im Wohnbereich* stellt der von Mingot et al. (2007) vorgelegte Bericht über die Evaluation der Heimmitwirkung nach Novellierung der gesetzlichen Grundlagen im Jahr 2001 die Basis dar. Dieser umfasst eine Literaturanalyse, Experteninterviews, standardisierte Befragungen sowie Fallanalysen. Grundlage für die hier getroffenen Aussagen bildet die standardisierte Befragung von 1254 Beiräten sowie 1107 Heimleitungen in Pflege-

¹² Diese Veröffentlichung diente der Vorbereitung der WMVO (vgl. dazu Kap. 2.2.1).

und Wohneinrichtungen für ältere und behinderte Menschen (Mingot et al. 2007, 55ff). Da Daten zur Grundgesamtheit fehlten, war eine repräsentative Stichprobenziehung nicht möglich. Das von den Autoren genutzte Verfahren basierte auf einer von den Heimaufsichtsbehörden erhaltenen und bereinigten Adressliste und der Versendung von je 3000 Fragebögen an Heimleitungen und Gremien (ebd., 50ff). Die Rücklaufquote betrug 37,1 % für die befragten Heimleitungen und 41,8 % für die Heimbeiräte (ebd., 56).

- Für die *Interessenvertretung im Rahmen von Selbsthilfegruppen* liegt für den deutschsprachigen Raum die repräsentative Untersuchung von Kniel und Windisch (2005) für People-First-Gruppen vor. Dieser lag ein kombiniert quantitatives und qualitatives Vorgehen mit zwei Untersuchungsphasen zugrunde. Die erste Phase bestand aus Gruppeninterviews mit 20 People-First-Gruppen (von in Deutschland insgesamt 21 existierenden) sowie einer Befragung von 16 Unterstützer_innen mittels Interview und Fragebogen (Kniel & Windisch 2005, 11ff). In der zweiten Phase fanden standardisierte Befragungen mit 117 Einzelpersonen statt, welche in zwei Vergleichsgruppen eingeteilt wurden (ebd.). Ergänzend hierzu ist die qualitative Studie von Engelmeyer (2005) heranzuziehen. Ihre Aussagen (ebd., 19ff) beruhen auf der Auswertung von fünf narrativen Interviews mit Mitgliedern von People-First-Gruppen. Aufgrund der umfassenden Analyse wird weiterhin auf Ergebnisse von Goodley (2000) aus dem englischsprachigen Diskurs eingegangen. Er basiert seine qualitative Untersuchung zum einen auf der Analyse von fünf rekonstruierten Lebensgeschichten prominenter britischer Interessenvertreter_innen (ebd., 51f), zum anderen auf einer ethnografischen Untersuchung von vier Interessenvertretungsgruppen, welche in unterschiedlichen organisatorischen Zusammenhängen agieren (ebd., 66ff).

In der Folge sollen nun die zentralen Ergebnisse der angeführten Publikationen zusammengefasst werden, um so Aussagen bezüglich der Strukturmerkmale und Aktivitäten der Interessenvertretungszusammenschlüsse (Kap. 2.3.1), von Fragen der Unterstützung (Kap. 2.3.2) sowie der Bedeutung des Engagements für die einzelnen Interessenvertreter_innen (Kap. 2.3.3) abzuleiten.

2.3.1 Strukturmerkmale und Aktivitäten

Das folgende Teilkapitel befasst sich mit grundlegenden Angaben zu Größe und Struktur der Gremien, mit dem Grad der Formalisierung, mit dem bearbeiteten Themenspektrum, mit der Art und Weise der Mitwirkung sowie daraus abzuleitenden Aussagen zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Gremien und Feldern.

2.3.1.1 Bereich WfbM

Breit und Kotthoff entdeckten in ihrer Untersuchung, d.h. zu einem Zeitpunkt, als die Mitwirkung innerhalb der Werkstätten noch in der Erprobungsphase war, einen unerwartet hohen *Formalisierungsgrad*: Demzufolge bestehen in 83,5 % der 1990 untersuchten Werkstätten Werkstatträte, welche demokratisch gewählt sind, regelmäßig Sitzungen abhalten und Protokolle über Beschlüsse anfertigen (Breit & Kotthoff 1990, 13ff). Die Mitwirkung ist in der Mehrheit der Werkstätten durch eine Satzung geregelt und in 95 % aller Fälle steht den Werkstatträten eine Vertrauensperson zur Verfügung (ebd., 14f). Dieses Ergebnis dürfte sich angesichts der Einführung der WMVO verändert haben, sodass heute von einem hohen Formalisierungsgrad – gemessen an Wahlregeln, Sitzungshäufigkeit, Anfertigung von Protokollen und Existenz einer Vertrauensperson – ausgegangen werden kann. Die absolute Zahl der Gremien dürfte sich allerdings angesichts der Tatsache, dass in Zweigstellen keine Werkstatträte mehr vorgesehen sind, verringert haben (vgl. Kap. 2.2.1). Insgesamt, darauf verweisen Breit & Kotthoff (1990, 14) auch, lassen sich aus der reinen Existenz von Gremien und deren Orientierung an formalen Vorgaben noch keine Aussagen über die tatsächlich stattfindende Arbeit machen.

Dazu ist zunächst ein Blick auf die *Themen der Mitwirkung* nötig. Es sind insbesondere lebensweltliche Themen, welche die Mitwirkungsarbeit dominieren, klassische Arbeitnehmerfragen, wie sie in Betriebsräten oder Mitarbeitervertretungen auftauchen, sind weniger relevant (Breit & Kotthoff 24; 26ff). Die Autoren ermitteln anhand einer standardisierten Liste eine Rangfolge von Themen, bei denen sich der Werkstattrat engagiert: Rang 1 nehmen das Einhalten der Hausordnung sowie die Gestaltung von Feiern ein. Auf Rang 2 folgen die Themen Freizeitgestaltung, Essensplanung, Raumgestaltung, das soziale Miteinander, die Regelung von Arbeitszeit, Urlaubszeit (mit Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowie die Arbeitsgrundlagen des Werkstattrats. Rang 3 nimmt das Verhalten der Gruppenleiter sowie die Organisation von Sportveranstaltungen ein. Rang 4 (mit großem Abstand) die Themen Arbeitseinsatz, Arbeitsablauf, Entgeltgestaltung sowie Informationen über die wirtschaftliche Lage:

„Das Ergebnis zeigt mit großer Deutlichkeit, daß ein beachtlicher Teil der Werkstatträte aktiv und engagiert ist, aber zugleich auch, daß ihre Aktivitäten mit zunehmender Nähe zur Arbeitswelt der Werkstatt abnehmen. Am aktivsten sind sie bei Fragen, die mit dem lebensweltlichen – oder man kann auch sagen mit dem ‚heim-ähnlichen‘ – Charakter der Werkstatt zu tun haben. Hier findet die ‚eigentliche‘ Mitwirkung statt. [...] Und erst ganz weit hinten stehen die Fragen, die die Wfb als Arbeitsstätte thematisieren“ (Breit & Kotthoff 1990, 24).

Ein gewichtiges Detail ist dabei die Bedeutung der Hausordnung (ebd., 40ff): Ein Teil der befragten Werkstatträte ist innerhalb der Einrichtung einer „law-and-order-Rolle“ (ebd.)

verhaftet. Die Interessenvertreter_innen verstehen sich hierbei als „Hilfs-Sheriffs“ (ebd., 42), deren Aufgabe vor allem in der Unterstützung des Gruppenleiters bei der Durchsetzung und Kontrolle der Einhaltung der Hausordnung besteht (ebd.). Breit und Kotthoff (ebd.) bewerten dies so, dass die repräsentative Funktion und Rolle des Gremiums hier nicht angemessen verstanden wird und dadurch die Gefahr von Spannungen mit dem Rest der Beschäftigten besteht.

Weiterhin untersucht die Studie auch die *Art und Weise* der Mitwirkung, also die Frage, welche Aktivitäten damit genau verbunden werden und welche Wirksamkeit diese entfalten. Hier kommen Breit & Kotthoff (1990, 33) zu dem Schluss, dass „weiche Formen“ (ebd.) der Beteiligung dominieren und Mitwirkung bei allen Gremien vor allem die Anhörung, Informationsbeschaffung sowie das Übermitteln von Anregungen bedeutet. Die Entscheidungsfindung verbleibt bei der Leitung, eine Beteiligung des Werkstattrats erfolgt nicht. Weder existieren echte Verhandlungssituationen noch gibt es Strategien zur Durchsetzung der eigenen Interessen, welche über die Formulierung von Vorschlägen hinausgehen (ebd.):

„Die ‚Mitwirkung‘ der Werkstatträte ist ein einziger Appell an den guten Willen. Sie hat keinen pluralistischen Interessenbegriff als Grundlage und Ausgangspunkt, sondern im Prinzip Interessenübereinstimmung. Sie ist daher macht-los [sic]. Sie unterstellt, die Leitung [...] in ihren besten Absichten zu unterstützen. Sie unterstellt die Existenz einer durch eine gemeinsame Moral verbundene *Gemeinschaft* [kursiv i. O.]. Sie ist weit entfernt von dem pluralistischen Denk- und Handlungsmodell, das in den meisten Institutionen dieser Gesellschaft das öffentliche Handeln prägt“ (ebd., 34).

Hierin begründet sich nach Breit & Kotthoff (1990, 35) auch die Rangfolge der Priorisierung von Themen: Arbeitsfragen stellen auch in der WfbM interessengeprägte Fragen dar. Eine Mitwirkung in diesem Zusammenhang lässt sich nicht auf den Austausch von Informationen und Anhörungen beschränken, Konflikte sind vorprogrammiert (ebd.). Allerdings werden die auftretenden Konflikte nicht als Arbeitskonflikte wahrgenommen, sondern kommen vielmehr als Beschwerden über das Verhalten von Gruppenleitern und Wunsch nach einem insgesamt harmonischeren Umgang miteinander zum Ausdruck (ebd.). Hier ist zu vermuten, dass eine Bewusstseinsbildung im Hinblick auf die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen notwendig wäre, um einen Zusammenhang zwischen dem Handeln einzelner Personen und den dafür existierenden Rahmenbedingungen herstellen zu können. Breit & Kotthoff (1990, 35) verweisen nämlich darauf, dass sich nicht alle Gremien in Macht- und Entscheidungsfragen zurückhalten.

Als entscheidenden Einflussfaktor erfolgreicher Mitwirkung beschreiben sie allerdings nicht das Handeln des Werkstattrats selbst, sondern die Intention der Geschäfts- und Werkstattleitung (vgl. dazu auch Kap. 2.3.2):

„Wenn [kursiv i. O.] der Einrichtungsleiter einen guten Willen oder gar ein Herz für den Werkstattrat hat, dann kann dieser sehr wohl manchmal zu einem gwichtigen [sic] Mitspieler auch im Machtgeschäft der Werkstatt werden, wenn auch nur an den Fäden des Leiters“ (ebd., 35).

Hier zeigt sich die in Kapitel 2.2.3 bereits erwähnte, mit der Mitwirkung untrennbar verknüpfte Problematik hierarchischer Organisationsstrukturen und mangelnder rechtlicher Absicherung. Jenseits der Unterstützung durch die Einrichtungsleitung ist für eine wirksame Umsetzung der Mitwirkung auch entscheidend, ob es Verfahrensregeln für den Umgang mit Anregungen sowie eine Einbindung der Gremien in die Entscheidungsfindung gibt. Dies ist allerdings in der überwiegenden Zahl der untersuchten Werkstätten nicht der Fall (ebd., 153): „Viele der aktiven Werkstatträte wünschen sich ‚mehr Mitbestimmung‘ und meinen damit die Möglichkeit, ihren Vorschlägen ein Gewicht mit auf den Weg geben zu können, das sich nicht im Schreiben des Protokolls erschöpft“ (ebd., 154).

Aus den Einzelergebnissen der schriftlichen Befragung erstellen die Autoren drei *Mitwirkungsprofile*. Als ein solches Profil gilt „der komprimierte Gesamtausdruck vom [sic] Umfang, Intensität und Prozeß der Vertretungsaktivitäten“ (Breit & Kotthoff 1990, 53) der Werkstatträte (vgl. Tab. 1). Anhand dieser wird deutlich, dass Wirksamkeit, Aktivitäten und Art und Weise der Mitwirkung der Gremien beträchtlich variieren. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Werkstatttrattypen sind dabei nicht nur Gradunterschiede, sondern von ganz grundsätzlicher Bedeutung (ebd., 149). Für das Mitwirkungsprofil III – dies macht immerhin 47 % der untersuchten Gremien aus – bemerken die Autoren (ebd., 150): „Von Mitwirken kann man bei ihnen auch bei stark herabgesetzten Ansprüchen nicht mehr reden.“ Anhand der Auswertung der Fallbeispiele ergänzen Breit und Kotthoff (1990, 78ff) ihre Analyse um den Einfluss, welchen die Arbeits- und Sozialstruktur der WfbM insgesamt hat. Insbesondere in den Werkstätten, die ein am Arbeitnehmerbegriff ausgerichtetes Rehabilitationsmodell zugrunde legen, existieren förderliche Strukturen für eine wirksame Mitwirkung (ebd., 149).

Mitwirkungsprofil	Prozent der befragten Werkstätten mit einem solchen Gremium	Werkstattrattyp	Kennzeichen
I	15	A (vertretungswirksamer Werkstattrat im Kontext eines am Arbeitnehmerbegriff orientierten Rehabilitationsmodells)	aktives Einbringen von Anregungen, Beschwerden und Vorschlägen zu lebensweltlichen und beschäftigungsrelevanten Fragen; eigenständige Regelung von Organisation & Prozess der Mitwirkung; Engagement und Kompetenz
II	38	B (isolierter Werkstattrat im Kontext eines einseitig produktionsorientierten Rehabilitationsmodells)	geringere Selbstorganisation/-regulierung von Prozessen; Interesse an Mitwirkung, aber diskontinuierliche und unkonzentrierte Vertretungsarbeit; partielles Auftreten in der Werkstatt als Interessenvertreter; geringeres Gewicht als Typ A
III	47	C (sozial wirkungsloser Werkstattrat im autokratischen Milieu) & D (Werkstattrat als integrierter Bestandteil eines betreuenden Rehabilitationsmodells)	fast keine Bedeutung für Leben und Arbeiten in der WfB; unselbstständiges Gestalten und Organisieren von Prozessen; fast alles wird von der Vertrauensperson als Stellvertreter geregelt; Gremien werden entweder nicht beachtet, als Disziplinierungshelfer genutzt oder in eine betreuende Konzeption integriert

Tabelle 1: Mitwirkungsprofile nach Breit & Kotthoff (1990, 53ff; 149f). Eigene Darstellung.

2.3.1.2 Bereich Wohneinrichtungen

Die aus der Studie von Mingot et al. (2007) abzuleitenden Erkenntnisse hinsichtlich der Mitwirkung, wie sie im Rahmen der Heimmitwirkungsverordnung stattfand, sind weniger umfassend als die oben diskutierten Sachverhalte. Der *Formalisierungsgrad* ist – ähnlich wie für den Bereich WfbM – relativ hoch: In 86 % der von ihnen befragten Einrichtungen der Behindertenhilfe existieren Beiräte, weitere 7,8 % der Einrichtungen haben Heimführsprecher_innen und in 5,1 % der Einrichtungen gibt es Ersatzgremien (Mingot et al. 2007, 63). Nur in 1,1 % der befragten Einrichtungen besteht kein Mitwirkungsorgan. Allerdings haben sich vermutlich Einrichtungen ohne Gremium mehrheitlich nicht an der Befragung beteiligt (ebd., 64). Die Autoren nehmen eine Unterscheidung nach „Behinderungs-

arten“ (ebd., 65)¹³ vor: In den befragten Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung gibt es in 86,7 % der Fälle einen Heimbeirat, in 7,5 % Heimfürsprecher_innen und in 5,8 % Ersatzgremien. Bei Einrichtungen, die sich an Menschen mit „mehrfacher Behinderung“ (ebd.) richten, existiert in 72,1 % der Fälle ein Heimbeirat, in 16,3 % gibt es Heimfürsprecher_innen und in 11,6 % Ersatzgremien (ebd.). Die Autoren untersuchen auch, weshalb Fürsprecher_innen anstelle von Beiräten aktiv sind (ebd., 68ff). Als häufigster Grund (60,7 %) wird eine zu starke körperliche, geistige und seelische Behinderung der Bewohner_innen angeführt, an zweiter Stelle (33,3 %) folgt die fehlende Bereitschaft der Bewohner_innen zur Mitwirkung. Weiterhin wird die geringe Größe der Einrichtungen (11,9 %), der große organisatorische Aufwand (3,5 %) sowie der Tod aller Beiratsmitglieder (1,2 %) genannt (ebd., 70). Ähnliche Gründe werden auch für die Existenz der Ersatzgremien angeführt (ebd., 71). Allerdings sind hier die Werte für die Alten- und Behindertenhilfe nicht getrennt dargestellt, sodass unklar bleibt, inwiefern obige Angaben auch für die Behindertenhilfe gültig sind. Dennoch ist die Tatsache, dass in rund einem Drittel der oben angeführten Fälle niemand der Bewohner_innen zur Mitwirkung bereit ist, ein Hinweis auf die Relevanz der in der vorliegenden Arbeit bearbeiteten Problemstellung. An Rahmendaten erheben die Autoren auch die Sitzungshäufigkeit sowie die zentralen Abläufe in der Durchführung von Beiratssitzungen: 48,6 % der Beiräte in Einrichtungen der Behindertenhilfe treffen sich einmal monatlich, 36,5 % alle sechs bis zwölf Wochen und 12,5 % der Gremien treffen sich seltener (ebd., 148). Bei der Mehrheit der Gremien wird eine Tagesordnung erstellt, es erfolgt eine offizielle Einladung, es gibt eine Sitzungsleitung sowie eine Protokollierung der Sitzung (ebd., 148ff).

Die *Mitwirkungsthemen* werden anhand einer geschlossenen Frage mit den hier dargestellten sechs Antwortmöglichkeiten abgefragt (Mingot et al. 2007, 74ff): Für die Behindertenhilfe haben sich 87,4 % der befragten Gremien mit Regelungen zur Alltags- und Freizeitgestaltung befasst; 59,3 % mit Regelungen zur Verpflegung; 44,9 % der Beiräte mit Entscheidungen über bauliche Veränderungen. 44,6 % waren bereits mit Maßnahmen der Unfallverhütung befasst; 38,3 % mit Änderungen von Musterverträgen und der Heimordnung und 30,3 % mit Regelungen zur Zimmergestaltung der Bewohner_innen (ebd., 75). Da es sich lediglich um eine Häufigkeitsabfrage anhand von vorgegebenen Themen handelt, ist die Reichweite der Aussagen begrenzt. So wird z. B. nicht ersichtlich, inwiefern darüber hinaus noch andere Gegenstände eine Rolle für die Mitwirkung spielen. Dennoch kann – ähnlich wie für die Themen der Werkstatträte –

¹³ Die hier genutzte Terminologie ist an die Quelle angelehnt. Die Erhebung der Zielgruppe der Einrichtungen erfolgt durch die Befragung der Heimleitungen und Heimbeiräte (vgl. Mingot et al. 2007, Anhang 7.5 und 7.6). Als „Mehrfachbehinderung“ gilt eine „geistige und körperliche“ Behinderung (ebd.).

festgestellt werden, dass alltägliche Themen eine herausragende Rolle für die Gremienarbeit spielen. Dies ist im ‚privaten‘ Bereich des Wohnens allerdings nicht weiter verwunderlich.

Die *Art und Weise* der praktizierten Mitwirkung ist entscheidend für eine Beurteilung der Wirksamkeit von Interessenvertretung. Hierzu lässt die Studie von Mingot et al. (2007) allerdings kaum Erkenntnisse zu. Eine Ausnahme bildet die Thematik der Mitwirkung an der Erstellung von Leistungs-, Qualitäts-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen, zu der detailliertere Informationen erhoben werden (Mingot et al. 2007, 123ff). Eine Beteiligung der Gremien war nach §§ 29 und 30 der HeimmwV vorgesehen (ebd., 2). Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass dies in der Praxis nicht umgesetzt wurde: Mingot et al. (ebd., 124) kommen anhand der Aussagen der befragten Leitungskräfte zum Ergebnis, dass es nur in 3 % der befragten Einrichtungen der Behindertenhilfe sowohl eine Information als auch Teilnahme der Gremien an den Verhandlungen gab, 48,2 % wurden nur informiert, in 28,8 % der Fälle fand nicht einmal eine Information der Beiräte statt (ebd.). Von einer umfassenden Mitwirkung kann hier also nicht gesprochen werden. Inwiefern dies auf andere Bereiche übertragbar ist, muss offen bleiben. Die mit o. g. Sachverhalt verknüpften Anforderungen an das Gremium unterscheiden sich vermutlich deutlich von denjenigen, welche alltagsnahe Themen mit sich bringen. Weitere Hinweise auf die Art und Weise der Mitwirkung lassen sich aus der Gestaltung des Kontakts zwischen Gremium und Bewohner_innen ableiten: Dieser wird überwiegend über das direkte Ansprechen (82,7 %) der Bewohner_innen durch die Interessenvertreter_innen gepflegt, auch Sprechstunden (13,4 %) sowie der gezielte Besuch bettlägeriger Bewohner_innen (13,1 %) spielen eine Rolle. Darüber hinaus werden u. a. der Kontakt im Alltagsleben, das Angesprochenwerden und die Existenz eines Kummerkastens genannt (ebd., 83). Hier zeichnet sich das Bild aktiver Interessenvertreter_innen, welche direkt auf die Vertretenen zugehen.

Ein weiterer Hinweis auf die Art der praktizierten Mitwirkung ist die erfragte Einschätzung der Zusammenarbeit von Gremium und Heimleitung (ebd., 157ff). So kann darüber zwar keine Aussage über die Qualität der Mitwirkung abgeleitet werden, aber zumindest verweist eine harmonische Zusammenarbeit darauf, dass das in der Interessenvertretung strukturell angelegte Konfliktpotenzial im Mitwirkungsalltag eher nachrangig ist. Die überwältigende Mehrheit der Beiräte in Einrichtungen der Behindertenhilfe gibt an, sehr harmonisch (51,0 %) oder überwiegend harmonisch (41,8 %) mit der Heimleitung zusammenzuarbeiten (ebd., 157). Jedoch geben auch 46,2 % der Heimleitungen an, dass der Beirat gegebenenfalls eine zur Leitung konträre Position einnimmt (ebd., 162). 84,1 % der befragten Beiräte stimmen dem Statement

völlig oder eher zu, dass sehr gute Mitwirkungsmöglichkeiten des Mitwirkungsorgans existieren (ebd., 159). Gleichzeitig sind 57,9 % der Gremien der Meinung, der Beirat schöpfe seine Möglichkeiten nicht umfassend aus (ebd., 160). Die Einrichtungsleitungen werden dazu befragt, ob das Mitwirkungsorgan zu ernster Mitwirkung in der Lage sei: 17,6 % von ihnen antworten mit „gar nicht“; 38,1 % mit „eher nicht“; nur 39,8 % antworten mit „eher ja“ und „völlig“ (ebd., 161). Die von Breit & Kotthoff (1990) für die Werkstatträte festgestellte Heterogenität der praktizierten Mitwirkung scheint auch im Wohnbereich vorhanden zu sein. Allerdings liegen jenseits der obigen Angaben keine Daten hierzu vor. Die überwiegend als harmonisch geschilderte Zusammenarbeit verweist darauf, dass die in der Organisationsstruktur und der Existenz unterschiedlicher Statusgruppen angelegten Interessenkonflikte nicht offen ausgetragen werden. Für eine differenzierte Einschätzung, insbesondere auch im Hinblick auf das Rollenverständnis und die Einflussfaktoren auf die Mitwirkung, wären allerdings weiterführende Untersuchungen notwendig.

2.3.1.3 Bereich People-First-Gruppen

Für die von Kniel und Windisch (2005) untersuchten People-First-Gruppen existieren keine Durchführungsverordnungen. Daher lohnt sich ein etwas detaillierterer Blick auf deren *formale Merkmale*. Im Jahre 2001 existierten 21 dieser Gruppen in Deutschland. Die erste der Gruppen wurde 1989 gegründet, die überwiegende Mehrheit der Zusammenschlüsse entstand Mitte der 1990er-Jahre (Kniel & Windisch 2005, 26f). Bei der Gründung von 61,9 % der Gruppen erfolgte nach Einschätzung der Befragten die Gründung durch Eigeninitiative der Mitglieder; 41,2 % aller Gruppen erfuhren zugleich Unterstützung durch professionelle Kräfte bzw. Betreuer_innen (ebd., 27). Motive der Gruppengründung waren dabei in erster Linie Probleme aus dem persönlichen bzw. sozialen Bereich. Insbesondere die Anliegen der gemeinsamen Freizeitgestaltung, gegenseitigen Unterstützung sowie Wohngestaltung waren dabei sehr wichtig (ebd., 28). Damit entsprechen die Entstehungsmotive den aus der Selbsthilfeforschung bekannten Gründen für die Schaffung von Selbsthilfegruppen, bei denen die Bewältigung sozialer und persönlicher Problemsituationen im Mittelpunkt steht (ebd.).

Die Größe der untersuchten Gruppen beträgt im Schnitt zwölf Mitglieder, von diesen nehmen durchschnittlich neun Interessenvertreter_innen regelmäßig teil (Kniel & Windisch 2005, 33). Die Geschlechter- sowie Altersverteilung schätzen die Autoren als heterogen ein (ebd., 34). Tendenziell sind etwas mehr Männer als Frauen aktiv (55,56 % Männer), die Teilnehmer_innen sind mehrheitlich zwischen 20 und 40 Jahre alt (ebd.). Die meisten der befragten Gruppen treffen sich einmal monatlich, die Treffen dauern im Schnitt zwei Zeitstunden (ebd.). Innerhalb der Gruppen existiert eine eher flache Organisationsstruktur, nur in zehn der 21 Gruppen gibt es eine formale Rollenverteilung,

wobei sich die Rollen auf die Protokollführung, den Gruppenvorsitz sowie die Gesprächsleitung verteilen (ebd.). Kniel und Windisch (2005, 36) schlussfolgern daher, dass es sich um eher lose Selbsthilfeszusammenschlüsse handelt.

Auch für die Organisationsstruktur der People-First-Gruppen stellen Kniel und Windisch (2005, 33ff) Ähnlichkeiten mit typischen Selbsthilfegruppen fest. Die überwiegende Zahl der Zusammenschlüsse besteht auf lokaler Ebene ohne formalen Status oder aber als eingetragener Verein (ebd.). Von Interesse ist, dass „die Arbeit der People First-Gruppen meist im Kontext von Organisationen bzw. Einrichtungen der Behindertenhilfe angesiedelt ist“ (Kniel & Windisch 2005, 33). 11 der 21 untersuchten Gruppen (52,38 %) arbeiten mit verschiedenen Einrichtungen, in erster Linie solchen der Lebenshilfe sowie WfbMs, zusammen (ebd.). Dieses empirische Ergebnis ist deshalb relevant, da damit die in der Literatur zur Selbstvertretung häufig vorgenommene binäre Unterscheidung von zwischen an Einrichtungen angebotenen Werkstatträtern bzw. Wohnbeiräten und unabhängigen People-First-Gruppen nicht aufrechterhalten werden kann (vgl. hierzu auch Kap. 2.1.1): In der verbreiteten Rezeption einer von People First Washington State entwickelten Typologie von ‚self-advocacy‘ (Goodley 2000, 16ff; Schirbort 2010, 304f) werden vier mögliche Organisationsformen von Selbstvertretungsgruppen unterschieden (Goodley 2000, 18f):

- Nach dem autonomen Modell („autonomous“) agierende Gruppen sind unabhängig von anderen Organisationen bzw. Einrichtungen des Hilfesystems.
- Gruppen, die nach dem Bereichsmodell („divisional“) agieren, sind bestehenden Organisationen oder Verbänden, z. B. Elternvereinigungen, angeschlossen.
- Nach dem Koalitionsmodell („coalition“) agierende Gruppen entstammen anderen Zusammenschlüssen Betroffener, z. B. der Behindertenbewegung.
- Gruppen, die nach dem Modell sozialer Dienste („service system“) agieren, sind Teil von Einrichtungen des Systems der Behindertenhilfe und damit im Kontext von Einrichtungen und Diensten verortet.

In der Literatur wird dabei häufig davon ausgegangen, dass nach dem autonomen Modell strukturierte Gruppen am vorteilhaftesten sind und die Anbindung an Einrichtungen die meisten Probleme mit sich bringt und wirksame Interessenvertretung unmöglich macht (Goodley 2000, 16f). Insbesondere von Autor_innen im Umfeld der britischen Disability Studies ist eine rigide Orientierung an obiger Typologie und den normativen Implikationen idealer Selbstvertretungsgruppen kritisiert worden. Hier ist in erster Linie die Arbeit von Goodley (2000, 135ff) hervorzuheben: Er belegt empirisch, dass die Gruppen wesentlich vielfältiger organisiert sind, als mit obiger Typologie zu erfassen ist, und sich eine inhaltliche Ausrichtung nicht aus der Organisationsform ableiten lässt (ebd.). So betont er, dass auch einrichtungsgebundene Gremien Raum für gegenseitige Unter-

stützung, Hilfeleistungen und für die Thematisierung politischer Fragen bieten (ebd., 172). Weiterhin verweist er darauf, dass die komplexe Dynamik innerhalb der Gruppen sowie zwischen den Gruppen in obigem Modell nicht ansatzweise abgebildet werden kann. Entscheidend ist der Hinweis, dass eine solche normative Typologie von Organisationsformen der Bedeutung der Aktivität für die einzelnen Interessenvertreter_innen nicht gerecht wird (ebd.) (vgl. Kap. 2.3.3). Darauf verweist auch Dowse:

„For some, their individual and immediate experience in social networks will form the basis for the development of an individual identity and for identification with a collective. Since these networks are limited for many people with learning difficulties as we have already discussed, self advocacy in service based speaking up groups may be their only collective experience“ (Dowse 2001, 134).

Eine normative Diskussion um die Organisationsformen von Selbstvertretung scheint daher verkürzt, da aus dieser keine Aussagen über die tatsächliche Arbeit der Gruppen abgeleitet werden können und die Frage der Relevanz für die einzelnen Gruppenmitglieder nicht ausreichend abgebildet wird. Anhand der von Kniel und Windisch (2005, 33) ermittelten Zahlen, die für mehr als die Hälfte der People-First-Gruppen eine Anbindung an Organisationen bzw. Einrichtungen der Behindertenhilfe nachweisen, wird deutlich, dass obige Typologie auch für den bundesdeutschen Kontext empirisch nicht sinnvoll ist.

Kniel und Windisch (2005, 44ff) erstellen mittels einer empirischen Clusteranalyse der *Gruppenziele* eine Typologie der bundesdeutschen People-First-Gruppen in Anlehnung an die in der Selbsthilfeforschung vorgenommene Differenzierung innen- und außenorientierter Gruppen (vgl. Kap. 2.1.4). Innenorientierung zeichnet sich in erster Linie durch den Fokus auf gegenseitige Unterstützung in Form von Austausch und Umdeutung von Problemen aus, Außenorientierung hingegen bedeutet, dass die Gruppen zusätzlich zur gegenseitigen Unterstützung ihre Aktivitäten auf Betroffene außerhalb des Gruppenkontexts, auf das Umfeld sowie auf die Gesellschaft ausrichten (Wohlfahrt & Breitkopf 1995, 50ff). Typische Aktivitäten sind hierbei Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit; Ziel ist die Veränderung sozialpolitischer Gegebenheiten (ebd.).

Auf Basis dieser Überlegungen unterscheiden Kniel und Windisch (2005, 44ff) drei Typen von People-First-Gruppen: innenorientierte Gruppen mit Selbstbestimmungsanspruch (Typ 1), innenorientierte Gruppen mit Unterstützungsorientierung (Typ 2) und außenorientierte Gruppen (Typ 3) (vgl. Tab. 2).

Gruppentyp	Merkmale
innenorientierte Gruppen mit Selbstbestimmungsanspruch (Typ1)	starker Akzent auf Selbstbestimmung, gegenseitige Unterstützung sowie Bildung und Austausch von Informationen; Freizeitaktivitäten sind von mittlerer Bedeutung; politische Aktionen sind irrelevant
innenorientierte Gruppen mit Unterstützungsorientierung (Typ 2)	Selbstbestimmung und politische Aktionen werden nicht erwähnt; gegenseitige Unterstützung, Bildung und Informationsaustausch sind sehr relevant; Freizeitaktivitäten von mittlerer Bedeutung
außenorientierte Gruppen (Typ3)	höhere Bedeutung von politischen Aktionen (im Vergleich zu anderen Gruppen); starke Betonung von Selbstbestimmung und gegenseitiger Unterstützung; keine Relevanz von Bildung und Informationsaustausch, Freizeitaktivitäten

Tabelle 2: Gruppentypologie von People-First-Gruppen nach Kniel & Windisch (2005, 46f). Eigene Darstellung.

Die Heterogenität, die bereits für Werkstattträte und Wohnbeiräte festgestellt werden konnte, setzt sich auch bei den People-First-Gruppen fort. Allerdings lassen die Daten von Kniel und Windisch (2005, 46f) keine Ableitungen darüber zu, wodurch diese unterschiedlichen Zielsetzungen bedingt sind und ob sich dies auch auf Ebene der einzelnen Interessenvertreter_innen so umsetzt, das heißt, welche Relevanz die Mitgliedschaft für die Einzelnen hat.

Die *Aktivitäten* der Gruppen korrespondieren mit den dargestellten Zielsetzungen. Bei über 70 % der Gruppen stehen Gespräche, Informationsaustausch sowie die Diskussion von Selbstbestimmungsfragen an; bei knapp unter zwei Dritteln sind es die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen und Tagungen sowie die Betreuung von Infoständen. Zwischen 40 und 50 % der Gruppen beschäftigen sich mit der Organisation von Festen, gemeinsamen Ausflügen, Freizeitaktivitäten und geselligem Beisammensein (Kniel & Windisch 2005, 31). Weitere genannte Aktivitäten sind die Teilnahme an Demonstrationen, der Besuch von Vorträgen, Musik- und Kinoveranstaltungen, kreative Arbeiten und der Besuch öffentlicher Einrichtungen sowie von Sportveranstaltungen (ebd.). Der Schwerpunkt liegt also eindeutig im Erfahrungsaustausch und der Gesprächsführung, gefolgt von Freizeitaktivitäten. Jedoch gibt es auch vereinzelte politische Aktivitäten.

2.3.2 Unterstützung von Interessenvertretung

Relevante Fragen der Unterstützung der Gremien und die dazu vorliegenden empirischen Ergebnisse werden – anders als im vorangehenden Abschnitt, der die Bereiche WfbM,

Wohnen und Selbsthilfegruppen getrennt behandelt hat – hier zusammenfassend diskutiert.

Anhand der Ergebnisse von Breit und Kotthoff lässt sich die von den unterschiedlichen Statusgruppen innerhalb der Organisation WfbM erfahrene Unterstützung als ein, wenn nicht der zentrale Einflussfaktor auf die Mitwirkungsaktivitäten der Werkstattträte identifizieren: Die praktizierte Mitwirkung stellt also kein isoliertes Phänomen dar, sondern ist nur im Kontext der Arbeits- und Sozialstruktur der jeweiligen Einrichtung zu verstehen (Breit & Kotthoff 1990, 129ff). Die zentrale Rolle bei „der Übersetzung von externen und strukturellen Rahmenbedingungen in konkrete Handlungsmuster“ (ebd., 129) nehmen dabei die Einrichtungsleiter_innen ein. So ist der Werkstatttrat vor allem in denjenigen Einrichtungen zu einer wirksamen Interessenvertretung geworden, in denen die Einrichtungsleitung seine Arbeit massiv unterstützt (ebd., 131).

„Unser *Hauptergebnis* [kursiv i. O.] lautet: Nur dort, wo die Leitung den Werkstatttrat massiv unterstützt [...] kann er zu einem ‚als-ob‘ Betriebsrat heranwachsen. Und massive Unterstützung erfährt der Werkstatttrat durch die Leiter, die der rehabilitativen Ausrichtung der Werkstatt neben dem Wirtschaftlichkeitsdenken einen gleichrangigen Platz sichern“ (ebd., 131).

Für die Mitwirkung stellt also der in der WfbM existierende Zielkonflikt zwischen beruflicher Rehabilitation und Produktion und der Umgang damit einen zentralen Einflussfaktor dar: Weder eine einseitig betreuereische Konzeption, in der die Mitwirkungspotenziale der Beschäftigten unterschätzt werden, noch eine einseitig leistungs- und produktionsorientierte Konzeption erweisen sich als förderlich für die Mitwirkung (ebd., 150ff). Besonders günstig ist es,

„wenn sie [die Mitwirkung] ein integraler Bestandteil der sozialpädagogischen Konzeption ist und die Einrichtungsleitung sich durch ihren Führungsstil [sic] dafür verbürgt, daß das sozialpädagogisch-betreuereische Engagement sich einnisten kann in die umfassende Arbeits- und Sozialstruktur der Wfb“ (ebd., 150f).

Zentral hierfür ist eine „sozialpädagogische Entwicklungsleitlinie, die das Selbstbewußtsein und das Erlernen neuer Rollen“ (ebd., 151) unterstützt und die Interessenvertreter_innen als Mitwirkende anspricht. Die in einem solchen Verständnis der Förderung von Interessenvertretung angelegte Ambivalenz stellt keine Besonderheit für diesen Kontext dar, sie „kennzeichnet jeden auf Selbstentfaltung ausgerichteten pädagogischen Prozeß“ (ebd.). Hier handelt es sich um ein ganz klassisches pädagogisches Problem, denn die Zielsetzung der Förderung von Mündigkeit bzw. Autonomie setzt die Zuschreibung dieser bereits voraus (Knauer & Sturzenhecker 2005, 65ff; Beck & Greving 2012, 55). Präzisiert für den obigen Kontext bedeutet dies: „Behinderte können Mitwirkende werden, wenn man sie als Mitwirkende anspricht und ernst nimmt“ (Breit &

Kotthoff 1990, 151f). Im Hinblick auf das Subjekt rücken hier also Bildungs- und Entwicklungsprozesse in den Mittelpunkt der Betrachtung (vgl. Kap. 4). Unter den im Organisationskontext WfbM gegebenen strukturellen Bedingungen hat die pädagogische Begleitung von Interessenvertretung wesentlichen Einfluss darauf, ob eine Mitwirkung möglich ist:

„Betreute Mitwirkung besagt, daß diejenigen, die Interessen durchsetzen und Forderungen stellen wollen, von den Adressaten ihrer Forderungen nicht nur keinen Widerstand erfahren, sondern zum Fordern geradezu aufgefordert werden. [...] Der tragende Boden der Behindertenmitwirkung ist die sozialpädagogische Einstellung der Leitung und des Stammpersonals, nicht der Interessenkampf. Den Werkstatträtern fehlt die volle Autonomie der Interessenorganisation und -durchsetzung. In den gelungenen Fällen sind sie teil-autonom“ (Breit & Kotthoff 1990, 151).

Es ist davon auszugehen, dass dies auch auf die anderen Gremien, insbesondere die ebenfalls im Organisationskontext agierenden Wohnbeiräte, übertragen werden kann. Allerdings kann dies empirisch nicht ausreichend belegt werden. So lassen sich anhand der Arbeit von Mingot et al. (2007) lediglich formale Zusammenhänge der Unterstützung hervorheben. 74,9 % der befragten Wohnbeiräte in den Einrichtungen der Behindertenhilfe erhielten in den letzten vier Jahren keine ehrenamtliche, also externe, Unterstützung (ebd., 101). Überwiegend sind es das Personal oder die Einrichtungsleitung, welche die Beiräte direkt bei deren Aktivitäten unterstützen (Mingot et al. 2007, 151). Insgesamt wird die Mehrheit der Gremien durch Fachpersonal begleitet:

„In den untersuchten Fällen erbrachten die Heimleitung bzw. das Personal diese [Unterstützungs-]Leistungen. Sie ermutigten beispielsweise den Heimbeirat zur Wahrnehmung seiner Mitwirkungsrechte, stellten ihm in besonderem Umfang personelle Ressourcen zur Verfügung, führten Angehörigenzufriedenheitsbefragungen durch oder kümmerten sich um einen persönlichen Kontakt zu demenziell Erkrankten“ (Mingot et al. 2007, 260).

Inwiefern bei den Unterstützer_innen Interessen- und Rollenkonflikte auftreten und die Unterstützungstätigkeit beeinflussen, muss offen bleiben. In 40,1 % der befragten Einrichtungen nimmt die Einrichtungsleitung regelmäßig an der Sitzung teil. Davon geschieht dies in 48,5 % der Fälle auf eine Einladung durch das Gremium hin, in 35,6 % der Einrichtungen, weil dies so üblich ist, und in 31,8 % der Fälle wird eine Durchführung der Sitzung ohne die Leitung nicht für möglich gehalten (ebd., 152). Damit ist nur in knapp der Hälfte der Fälle eine unabhängige Entscheidung des Gremiums bezüglich der Anwesenheit der Leitung möglich (ebd.). Dies kann so interpretiert werden, dass hier eine ganz grundsätzliche Wahrnehmung der Interessenvertretungsgremien als eigene Entscheidungsinstanz innerhalb der Einrichtung fehlt und sich dies auch auf die inhaltliche Arbeit der Gremien auswirkt. Insgesamt fehlen aber Ergebnisse zur genauen Gestaltung der Unterstützung und der Einbindung in den Einrichtungszusammenhang,

um für den Bereich Wohnen eine Einschätzung der Unterstützungsqualität treffen zu können.

Kniel und Windisch (2005, 53ff) beleuchten die Unterstützungsressourcen, welche die untersuchten People-First-Gruppen erhalten. Die überwiegende Mehrheit (88 %) der befragten Gruppen gaben bei der Befragung an, über einen oder mehrere Unterstützer_innen zu verfügen (ebd.). Die materielle Ausstattung „stellt sich [...] als entwicklungsbedürftig dar“ (ebd., 53). Generelle Finanzierungsressourcen stehen nicht zur Verfügung, nur zwei Drittel der befragten Gruppen verfügen über finanzielle Mittel für ihre Tätigkeiten. Diese setzen sich in erster Linie aus Mitgliedsbeiträgen der Teilnehmer_innen zusammen sowie aus von Organisationen bereitgestellten Budgets (ebd.). Weiterhin erhalten 70 % der befragten Gruppen infrastrukturelle Unterstützung durch Organisationen, indem diese Räumlichkeiten zur Verfügung stellen (ebd., 54). Hier wird also noch einmal deutlich, dass sich die in Kapitel 2.3.1.3 diskutierte Anbindung an Organisationen oder Einrichtungen für People-First-Gruppen durchaus als vorteilhaft erweisen kann und den Gruppen dadurch Ressourcen verfügbar werden.

Die Vorstellungen der Interessenvertreter_innen im Hinblick auf Unterstützung erheben Kniel und Windisch mit der offenen Frage „Wie muss eine gute Unterstützungsarbeit in einer Selbstvertretungsgruppe sein?“ (ebd., 56). Die Befragten wünschen demnach vor allem eine kooperative, zurückhaltende, bedarfsangemessene Haltung bei Unterstützer_innen. Sie sehen deren Funktion darin, Informationen zu strukturieren und einzubringen und bei Problemlösungen zu helfen. Weiterhin wird eine Vertrauensbasis als relevant angesehen. Humor sowie eine angemessene Vertretung der Gruppe in der Öffentlichkeit spielen ebenfalls eine Rolle (ebd.). 64,7 % der befragten Gruppen bewerten die Arbeit der Unterstützer_innen positiv (ebd., 57).

Die überwiegende Mehrheit der Unterstützer_innen geht dieser Aufgabe im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit nach, nur 16 % sind ehrenamtlich tätig. Alle der befragten 16 Unterstützer_innen haben dabei einen beruflichen Hintergrund aus dem pädagogischen Bereich, der sozialen Arbeit oder der Psychologie (Kniel & Windisch 2005, 57f). 80 % von ihnen üben der Unterstützungsarbeit nahestehende berufliche Tätigkeiten aus. Von Interesse ist insbesondere, dass die Unterstützer_innen überwiegend nicht bewusst ausgewählt wurden, sondern dem Umfeld der Gruppe entstammen und so zu ihrer Funktion gelangt sind (ebd.). Auch hier bleibt also eine bewusste Steuerung und Entscheidungsfindung aus. 80 % der von Kniel und Windisch (2005, 59ff) befragten Unterstützer_innen geben an, dass sich im Laufe der Zeit ihre Aufgaben insofern verändert haben, als die Gruppen selbstständiger agieren, größere Anteile an der

Organisation der Sitzungen übernehmen und mehr Eigeninitiative zeigen als zu Beginn (ebd.). Dies bestätigt pädagogisch motivierte Überlegungen zu einer entwicklungsorientierten Begleitung von Mitwirkung.

Neben der Typologie von Interessenvertretungsgruppen stellt die Rolle und Funktion von Unterstützer_innen („advisors“) einen zweiten Schwerpunkt in der Fachdiskussion um ‚self-advocacy‘ dar. Rock (1997, 364f) fasst die wichtigsten Punkte zusammen: „Übereinstimmung besteht allgemein darin, daß die Haltung und das Rollenverständnis des Advisors wichtiger als bestimmte Fertigkeiten und Kenntnisse sind“ (ebd., 364). Dabei ist „die Rolle des Advisors nicht klar definiert und schwierig“ (ebd., 365). Ein Argument, das sich durch die Literatur zur Thematik ‚self-advocacy‘ zieht, ist dabei die kritische Betrachtung der Doppelfunktion von Unterstützer_innen und Mitarbeiter_innen von Einrichtungen der Behindertenhilfe. In dieser Doppelfunktion wird Potenzial für Interessen- und Loyalitätskonflikte gesehen (ebd., 366f). Goodley (2000, 17f; 174ff) befasst sich sowohl im theoretischen als auch im empirischen Teil seiner Arbeit mit der Rolle und Funktion von Unterstützer_innen. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass die in der Literatur verfolgte Idee, wonach unabhängige, externe Unterstützungspersonen zu einer höheren Qualität der Unterstützung führen, so nicht zu halten ist. Aus dem formalen Rollenstatus lassen sich demnach keine Aussagen über die Art und Qualität der Handlungen von Unterstützer_innen ableiten (ebd., 175). Goodley erarbeitet eine empirisch basierte Typologie von fünf Dimensionen der Unterstützung (ebd., 178ff). Dabei werden ressourcenorientierte, auf die Interessenvertreter_innen fokussierte, die Erfahrung der Betroffenen anerkennende, dialogische sowie inhaltlich angemessene Handlungsstrategien der Unterstützer_innen mit einer guten Qualität in Verbindung gebracht (ebd.). Diese Strategien konnte Goodley unabhängig vom formalen Status der Unterstützer_innen beobachten: „it was shown that the tendency of previous literature to dismiss professionalized support and uphold independent support was simplistic, unhelpful and inauthentic“ (ebd., 202). Gute Unterstützung ist also nicht alleine vom Status der Unterstützer_innen abhängig. Anhand der Ergebnisse von Breit und Kotthoff (1990, 151ff) kann auf die in Einrichtungen insgesamt verfolgte Konzeption sowie die Relevanz eines entwicklungsorientierten Menschenbildes verwiesen werden.

2.3.3 Interessenvertreter_innen im Fokus

Den bislang vorgestellten und diskutierten Ergebnissen lag die Interessenvertretungsgruppe im Organisationskontext als analytische Betrachtungseinheit zugrunde. Um die in der Arbeit zentrale Fragestellung der Subjektperspektive auf Interessenvertretung zu verfolgen, bedarf es einer Betrachtung der Handelnden selbst. Hierzu sind die

empirischen Ergebnisse äußerst begrenzt, dies betrifft insbesondere die Perspektive der Interessenvertreter_innen selbst auf ihre Aktivitäten.

Breit und Kotthoff (1990, 122) thematisieren neben der im vorangegangenen Abschnitt identifizierten Rolle der Einrichtungsleitung weitere zentrale Einflüsse auf die praktizierte Mitwirkung der Interessenvertretungsgremien in der WfB. Hier erweisen sich in erster Linie die „konkreten Realisierungsmöglichkeiten der Werkstattträte selbst, Interessen zu artikulieren und in eine realistische Vertretungsarbeit umzusetzen“ (Breit & Kotthoff 1990, 122) als relevant. Dabei liegt der Fokus der Autoren auf der Frage, welchen Einfluss die „Mitwirkungskompetenzen und -potentiale“ (ebd., 122) der Mitglieder und die Zusammensetzung des Gremiums auf die Art der praktizierten Mitwirkung haben. Die Autoren befassen sich in diesem Zusammenhang mit der Art der Beeinträchtigung und den individuellen Fähigkeiten: „Je nach intellektuellen Fähigkeiten der Mitglieder, besonders der Vorsitzenden entwickelt der Werkstatttrat ganz unterschiedliche Aktivitäten und Kompetenzen“ (ebd.). In den vertretungswirksamsten Gremien vom Typ A (vgl. Tab. 1) sind beispielsweise überdurchschnittlich viele Vorsitzende mit psychischer Beeinträchtigung anzutreffen. Die Autoren führen dies in Verbindung mit den gegebenen Rahmenbedingungen als Ursache für eine starke Vertretungsarbeit an (ebd.).

„Generell ist festzustellen, daß es fast immer die ‚Stärkeren‘ der WfB sind, die den Werkstatttrat stellen. Selbst, wenn es sich um geistig behinderte Werkstattträte handelt, sind darunter in der Regel keine schweren Fälle. Die geistig behinderten Werkstattträte stehen meistens an der Grenze zur Lernbehinderung. [...] Schwächere Kandidaten werden gar nicht gewählt, denn in der Regel finden vor der Wahl regelrechte ‚Wahlkämpfe‘ statt, in deren Verlauf die Kandidaten ihre Vorzüge gegenüber anderen anpreisen“ (Breit & Kotthoff 1990, 123).

Demnach entspricht die Zusammensetzung des Werkstatttrats in der Regel nicht dem Durchschnitt der Werkstattpopulation, es treten Auswahleffekte zugunsten der weniger beeinträchtigten Personen auf. Dies betrifft Gremien aller Typen und Profile (ebd., 150). Hier zeigt sich das demokratische Verfahren der Wahl als eine Hürde für die Beteiligung. Zudem wird die Relevanz der in der vorliegenden Arbeit behandelten Problematik ungleicher Partizipationschancen deutlich. Die Autoren arbeiten anhand der Fallstudien auch heraus, dass vorab getroffene Annahmen darüber, wie jemand die Vertretungsarbeit bewältigen und gestalten wird, häufig nicht zutreffen:

„Die Vertreter selbst sind auf den ersten Blick von Außenstehenden nicht richtig einzuschätzen und verhalten sich im Gremium ganz unterschiedlich. [...] Die Fähigkeit der Werkstattträte stellt sich meistens erst durch die Arbeit im Gremium heraus“ (ebd., 124).

Eine besondere Herausforderung für die Umsetzung der Mitwirkung stellt laut Breit und Kotthoff (1990, 126f) das stellvertretende Handeln dar. Schwierigkeiten treten selten bei der Artikulation und dem Wahrnehmen eigener Interessen auf, problematisch sind jedoch

Situationen, in denen „es darum geht, gemeinsame Interessen zu erkennen und zu koordinieren und ganz besonders als Vertreter und Sprachrohr Interessen und Probleme *anderer* [kursiv i. O.] zu ‚bearbeiten‘ und kontinuierlich zu verfolgen“ (ebd., 126). Dabei sind es gerade diese Anforderungen, die mit der gewählten Rolle als Repräsentant_in im Werkstatttratt einhergehen (ebd., 127):

„Es kann nicht verwundern, daß die Werkstattträte viel Zeit und Anleitung brauchen, um sich ihrer Aufgabe bewußt zu werden und um die Fertigkeiten und Kompetenzen zu erlangen, die zu einer realistischen Vertretungsarbeit notwendig sind. Behinderte Mitarbeiter sind aufgrund der Besonderheiten in ihrer Biographie weniger als andere gewohnt, für andere Interessen zu vertreten und politisch zu handeln. Nach einer Orientierungszeit entwickeln sie sich jedoch in eine positive Richtung. 55 % der schriftlich befragten Werkstattleiter bzw. Geschäftsführer sind der Ansicht, ihr Werkstatttratt habe sich im Laufe der Zeit verbessert“ (ebd., 127).

Dementsprechend handelt es sich hier um einen Entwicklungsprozess, bei welchem die Vertreter_innen mit ihren Aufgaben wachsen. In diesem Zusammenhang verweisen die Autoren auf die notwendige umfassende Unterstützung und Schulung von Interessenvertreter_innen und die Relevanz, die Vertretungsarbeit an den individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Akteure anzusetzen (ebd., 128).

Kniel und Windisch (2005, 65ff) befassen sich mit den Effekten der Beteiligung an People-First-Gruppen auf die Lebensqualität der Interessenvertreter_innen anhand eines Vergleichs von Gruppenmitgliedern und Nichtmitgliedern. Insbesondere die folgenden vier Punkte sind dabei relevant:

1. Lebensbedingungen: People-First-Mitglieder leben eher in einer eigenen Wohnung oder Wohneinrichtung und seltener bei Eltern bzw. Angehörigen (Kniel & Windisch 2005, 70f). Sie sind seltener in der WfbM beschäftigt und häufiger auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bzw. Außenarbeitsplätzen als die Vergleichsgruppe (ebd., 73). Der Hilfebedarf der People-First-Mitglieder ist deutlich geringer, das Schulbildungsniveau etwas höher (ebd., 75f). Die in Bezug auf die Zusammensetzung des Werkstatttratts beschriebenen Auswahl-effekte, das heißt, dass die weniger beeinträchtigten Personen sich eher engagieren, scheinen sich hier fortzusetzen, obwohl dem Beitritt keine Wahlen oder andere Auswahl-mechanismen vorgeschaltet sind.
2. Die Autoren erheben auch „die Zufriedenheit der Teilnehmer hinsichtlich ihrer Erfahrungen in den Gruppen und die Bewertung des individuellen Nutzens“ (ebd., 77). 72 % der befragten Interessenvertreter_innen sind sehr zufrieden mit den Gruppen, nur 4 % der Befragten geben an, unzufrieden zu sein. Bezüglich der subjektiven Nutzenwirkung der People-First-Gruppen sind 72 % der Befragten der Meinung, die Mitgliedschaft in der Interessenvertretungsgruppe hätte ihnen

sehr viel oder viel genutzt (ebd., 79). Dabei werden u. a. die folgenden Teileffekte der Mitgliedschaft aufgelistet (Nennung der fünf Effekte mit der höchsten subjektiven Nutzenwirkung): mehr soziale Kontakte, mehr Selbstvertrauen, Vertretung der Interessen aller, Verringerung seelischer Belastungen, Wissen über eigene Rechte (ebd.). Die Auswirkung der Mitgliedschaft entspricht insgesamt typischen in der Selbsthilfeforschung beschriebenen Effekten. Die Gruppenmitgliedschaft verbessert sowohl die soziale Einbindung, das Wohlbefinden als auch das Wissen um die eigenen Rechte.

3. Bezüglich der Bedeutung der People-First-Gruppen für die soziale Integration stellen Kniel und Windisch (2005, 106) fest, dass eine Teilnahme an Interessenvertretungsgremien sich auf die Größe des sozialen Netzwerkes positiv auswirkt. Im Schnitt ist dieses um rund vier bis sechs Personen, insbesondere Freizeitpartner_innen sowie enge Freund_innen größer als bei der Vergleichsgruppe. Weiterhin haben die Interessenvertreter_innen ein homogeneres Netzwerk, das heißt, es bestehen mehr Kontakte zu Gleichbetroffenen. Für die subjektive Bewertung sozialer Integration, also das Gefühl von Einsamkeit und sozialer Isolation, kann kein Einfluss der People-First-Mitgliedschaft festgestellt werden (ebd., 112f).
4. Unter Selbstbehauptung verstehen Kniel und Windisch (2005, 115f) die „Fähigkeiten, [...] einerseits eigene Bedürfnisse, Gefühle, Ansichten und Einstellungen artikulieren und angemessen durchsetzen zu können sowie andererseits unberechtigte Kritik und unberechtigte Forderungen anderer zurückzuweisen“. Sie erheben diese anhand der Indikatoren Akzeptanz, eigene Interessenvertretung und Durchsetzungsvermögen mittels einer vierstufigen Selbstbeurteilungsskala. People First-Mitglieder haben wesentlich stärker das Gefühl, für ihre Rechte einzutreten, als Mitglieder der Vergleichsgruppe. Hinsichtlich des Durchsetzungsvermögens kann kein statistisch signifikanter Effekt nachgewiesen werden, die Akzeptanz wird von beiden Gruppen gleich eingestuft (ebd., 117).

Kniel und Windisch (2005, 35) erwähnen beiläufig, dass in allen bis auf zwei der von ihnen untersuchten People-First-Gruppen Interessenvertreter_innen dabei sind, die „auch außerhalb der Gruppenarbeit verschiedene Funktionen wahrnehmen. In erster Linie übernehmen sie Funktionen in Werkstatträten, am zweithäufigsten sind sie als Mitglieder in Heimbeiräten engagiert“ (ebd.). Das Engagement in der Interessenvertretung existiert also bei einigen Personen gehäuft und über verschiedene Organisationskontexte hinweg. Wie in Kapitel 3.4 aufgezeigt wird, entspricht das Auftreten von kumulativen und selektiven Effekten den Erkenntnissen der allgemeinen Partizipationsforschung.

Engelmeyer (2005, 80) befasst sich anhand von Daten aus fünf biografisch-narrativen Interviews mit der Funktion, die eine Mitgliedschaft in People-First-Gruppen für die einzelnen Interessenvertreter_innen haben kann. Die Autorin formuliert zwei Ergebnisse: Erstens dienen die People-First-Gruppen „der Suche nach Unterstützung bei der Aneignung des eigenen Lebens d. h. dem Versuch, das Leben aktiv und selbstbestimmt zu gestalten“ (ebd.) und zweitens können die Gruppen als „Suchbewegung in einer von den Betroffenen als unzulänglich erfahrenen Rehabilitationslandschaft“ (ebd.) verstanden werden. Damit knüpft sie an zentrale Ergebnisse der Selbsthilfeforschung an. Jenseits dieser Thesen benennt sie aus den Interviews ableitbare Auswirkungen der subjektiven Relevanz der Gruppenmitgliedschaft. So erfüllen die Gruppen ihrer Einschätzung nach die folgenden Funktionen (Engelmeyer 2005, 81ff):

- Hilfe bei der Alltagsbewältigung durch Informationszugang und Überwindung sozialer Isolation
- Durchsetzung eines selbstbestimmten Privatlebens
- Stärkung von Selbstbewusstsein durch Ausgleich von Schwächen und Förderung von Fähigkeiten
- Vorhandensein eines geschützten sozialen Raums durch die Gruppe, welcher das Auftreten in der Öffentlichkeit erleichtert
- advokatorische Unterstützung durch die Gruppe und die Unterstützungsperson
- Erweiterung des Erfahrungshorizonts
- Ermöglichung von Erfolgserlebnissen und Durchsetzung von Selbstbestimmung sowie Selbstständigkeit
- Verantwortungsübernahme und in diesem Zusammenhang erfahrenes Vertrauen
- Ermöglichung von Lernerfahrungen
- Ermöglichung des Rollenwechsels von der behinderten Person zur Expert_in bzw. Unterstützer_in Dritter

Diese Ergebnisse decken sich überwiegend mit den von Kniel und Windisch in der quantitativen Untersuchung erhobenen Wirkungen der People-First-Gruppen (s. o.). Allerdings wären methodisch nachvollziehbare und theoretisch eingeordnete Ergebnisse wünschenswert.

Weiterhin deutet sich in den Einzelfallanalysen von Engelmeyer (2005) an, dass die Beteiligung an der Interessenvertretung für unterschiedliche Personen von unterschiedlicher Bedeutung sein kann (ebd., 23ff): Während für einen Befragten das Engagement bei People First eher mit politischen Zielen und der Möglichkeit, Öffentlichkeit zu schaffen, verbunden ist (ebd., 78f), sind für eine andere Befragte die durch die Beteiligung an der Gruppe entstandenen Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten, die Gruppenzugehörigkeit und die gegenseitige Unterstützung zentrale Elemente (ebd.,

63). Jedoch reichen die Ergebnisse Engelmeyers für systematische Ableitungen bezüglich der in der vorliegenden Arbeit verfolgten Fragestellung der subjektiven Perspektive auf Interessenvertretung nicht aus. Sie zeigen aber die Notwendigkeit der Betrachtung von Zielen und Motiven der Handelnden jenseits der Gruppenebene auf.

Einen Blick auf Interessenvertretung aus der Subjektperspektive ermöglicht die von Goodley (2000) in Großbritannien durchgeführte Rekonstruktion und narrative Analyse der Lebensgeschichten von fünf Interessenvertreter_innen. Problematisch ist dabei die oftmals auf der deskriptiven Ebene verbleibende Darstellung. Goodley bearbeitet die Fragestellung nach der Auswirkung von Interessenvertretungsgruppen auf das Leben der Befragten (ebd., 112ff). Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Interessenvertretungsgruppen einen Raum für die Entwicklung von Resilienz, für soziale Unterstützung und Freundschaften sowie für konkrete Aktivitäten, wie z. B. die Beteiligung an verschiedenen Projekten, bieten (ebd., 119ff). In diesem Kontext weist er darauf hin, dass sich ‚self-advocacy‘ im Sinne selbstbestimmten, emanzipatorischen Handelns nicht auf formalisierte Gruppenkontexte beschränkt, sondern auch außerhalb von Gruppen möglich ist (ebd., 131). Goodley betont weiterhin, dass die Beteiligung an den Gremien ganz unterschiedliche Bedeutung haben und Veränderungsprozesse mit sich bringen kann (ebd., 129). Für die von ihm Befragten ist dabei der soziale Aspekt der Gruppenmitgliedschaft zunächst wichtiger als der politische. Während der Mitgliedschaft in den Interessenvertretungsgruppen ergibt sich aber ein Entwicklungsprozess (ebd., 120). Ein zentraler Punkt Goodleys ist die innerhalb von Interessenvertretungsgremien erfahrene soziale Unterstützung zwischen den Interessenvertreter_innen: „self-advocates are a lot more able to promote the empowerment of their (‘less-able’) peers than even the most well-meaning advisor“ (ebd., 211).

2.3.4 Zusammenfassung

Die wichtigsten Punkte der in den vorangegangenen drei Teilabschnitten dargelegten Einzelergebnisse sollen an dieser Stelle noch einmal zusammengefasst werden. Zunächst einmal ist ein Bedarf an aktuelleren und umfassenderen Erhebungen insbesondere für die Mitwirkung in der WfbM und den Wohneinrichtungen festzustellen, da sowohl die Daten von Breit und Kotthoff (1990) als auch Mingot et al. (2007) einer Zeit entstammen, in welcher die aktuell gültigen Mitwirkungsverordnungen noch nicht in Kraft getreten waren. Die Datenlage zur Situation der Wohnbeiräte ist besonders schlecht. Dennoch können allgemeine Tendenzen und Aspekte über die Organisationsformen von Interessenvertretung hinweg beschrieben und festgehalten werden:

1. Zahlenmäßig und in der flächendeckenden Implementation sind Wohnbeiräte und Werkstattträger wesentlich weiter verbreitet als People-First-Gruppen. Dem-

entsprechend ist es angemessen, sich bei der Betrachtung von Interessenvertretung nicht ausschließlich auf Letztere zu beschränken, da gerade Wohnbeiräte und Werkstattträger für einen großen Teil von Menschen mit Lernschwierigkeiten eine zentrale Möglichkeit zur Partizipation bieten. Empirisch zeigt sich, dass die Differenzierung zwischen unabhängigen und im Kontext von Einrichtungen und Diensten agierenden Gruppen der Komplexität der Organisationsformen von Interessenvertretungsgremien nicht gerecht wird.

2. Allerdings sagt die reine Existenz eines Interessenvertretungszusammenschlusses nichts darüber aus, wie dieser seine Arbeit gestaltet. Sowohl für die Werkstattträger als auch die People-First-Gruppen ist empirisch eine Heterogenität in Bezug auf Zielsetzung und Ausrichtung der Arbeit ermittelt worden, die sehr große Unterschiede bezüglich der praktizierten Mitwirkung verdeutlicht. Breit und Kotthoff identifizieren als zentrale Einflussfaktoren auf die Gruppenaktivitäten insbesondere die Einbettung in die Organisationsstruktur der WfbM sowie die pädagogische Unterstützung, welche die Werkstattträger von der Einrichtungsleitung erhalten und die diese von Anfang an als Mitwirkende anspricht und damit auf ihr Entwicklungspotenzial vertraut.
3. Für die Qualität der Unterstützung von Interessenvertretungsgremien sind die Haltung und die konkret von den Unterstützer_innen eingesetzten Handlungsstrategien wichtiger als ihr formaler Status als ‚intern‘ oder ‚extern‘.
4. Insgesamt dominieren in der Interessenvertretungsarbeit lebensweltliche Themen. Auch werden eher weiche Formen der Mitwirkung praktiziert, die Durchsetzung von Interessen und der Umgang mit Konflikten sind nachrangig. Strukturelle Probleme werden z. T. nicht als solche, sondern als personenbezogene Konflikte wahrgenommen.
5. Häufig fehlen Verfahren und systematische Methoden, welche den Interessenvertretungsgruppen eigene Entscheidungsspielräume einräumen: Dies betrifft z. B. die Auswahl der Unterstützer_innen bei den People-First-Gruppen oder aber die Regelung der Sitzungsteilnahme der Einrichtungsleitung im Wohnbereich.
6. Zur subjektiven Perspektive von Menschen mit Lernschwierigkeiten auf Interessenvertretung bieten die Daten wenige Anhaltspunkte, lediglich die Auswirkungen der Mitgliedschaft der People-First-Gruppen sind umfassend erhoben worden. Diese Effekte entsprechen wesentlichen Ergebnissen der Selbsthilfeforschung und zeigen, dass die Mitgliedschaft zu einer besseren sozialen Einbindung, Problembewältigung und Emanzipation führt. Darüber hinaus deutet sich an, dass eine Differenzierung von mit Interessenvertretung verbundenen Zielen nicht nur auf der Ebene der Gruppen, sondern auch auf der Ebene der

Interessenvertreter_innen selbst erforderlich ist und das Engagement subjektiv aus unterschiedlichen Gründen bedeutsam sein kann.

7. Die Frage des Zugangs zur Interessenvertretung wird in den Daten nicht ausreichend berücksichtigt. Allerdings gibt es für alle drei Gremientypen Hinweise darauf, dass Ungleichheiten auftreten. Sowohl im Werksatrat als auch in den People-First-Gruppen sind eher leicht beeinträchtigte Personen aktiv, im Bereich des Wohnens wird die Schwere der Beeinträchtigung der Bewohner_innen als Grund dafür angeführt, dass kein Mitwirkungs-gremium eingerichtet werden kann. Außerdem sind in den People-First-Gruppen engagierte Personen häufig mehrfach aktiv, also auch in Werksaträten bzw. Wohnbeiräten.

Mit der Aufarbeitung des empirischen Forschungsstandes werden also zum einen Forschungslücken deutlich, zum anderen zeichnet sich anhand der vorhandenen Ergebnisse ab, dass bezüglich der Umsetzung wirksamer Interessenvertretung dringender Handlungsbedarf besteht.

2.4 Zur Notwendigkeit einer theoretischen Einbettung von Interessenvertretung

Funktion des Kapitels war es, die Rahmenbedingungen, unter welchen Interessenvertretung für Menschen mit Lernschwierigkeiten stattfindet, analytisch zu betrachten. Der erste Teilabschnitt (Kap. 2.1) befasste sich unter terminologischen Gesichtspunkten mit der Thematik. Dabei wurden die unterschiedlichen ursprünglichen Entstehungs- und Verwendungskontexte der Begriffe Selbstvertretung, Interessenvertretung, Mitwirkung und Mitbestimmung sowie Selbsthilfe aufgezeigt. Es wurde argumentiert, dass sich als Überbegriff, der weder an bestimmte Formen, Ziele noch Inhalte gebunden ist, der eher funktional angelegte Begriff der Interessenvertretung eignet. Mit ihm können die in der Arbeit im Fokus stehenden Gremien Werksatrat, Wohnbeirat sowie People-First-Gruppen, welche sich in unterschiedlichen Kontexten mit der Interessenvermittlung befassen, angemessen bezeichnet werden. Allerdings ist dieser Begriff zur Erfassung des Handelns von Individuen nicht ausreichend. Hierfür ist ein handlungstheoretisch bestimmbarer und theoretisch umfassend begründbarer Begriff nötig. Als solcher wird im nachfolgenden Kapitel der Partizipationsbegriff eingeführt.

Bei der Diskussion der gesetzlichen Grundlagen, welche für die Interessenvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten existieren (Kap. 2.2), wurde deutlich, dass die Reichweite und die konkrete Ausgestaltung der gewährten Rechte zentrale Ansatzpunkte der Fachdiskussion bilden. So können die Mitwirkungsverordnungen zwar gewürdigt werden, da sie den Nutzer_innen stationärer Wohneinrichtungen und der WfbM die grundsätzliche Möglichkeit der Beteiligung einräumen, doch bleibt dies überwiegend

beschränkt auf Mitwirkungs- und Unterrichtsrechte. Damit ist eine Beteiligung an der Entscheidungsfindung nicht möglich, Partizipation ist auf das Erhalten von Informationen und Formulieren von Anregungen begrenzt. Sofern Ausnahmen bestehen, beschränken sich die Mitbestimmungsrechte auf alltägliche Themen wie z. B. die Organisation von Festen und die Verpflegung. In Kapitel 2.2.3 wurde herausgearbeitet, dass eine Ausweitung der gewährten Mitwirkungs- bzw. Mitbestimmungsrechte erhebliches Potenzial für übergreifende Veränderungen in Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe beinhaltet, da hiervon Fragen der Organisationsstruktur und der Rolle bestimmter Statusgruppen innerhalb der Organisation insgesamt betroffen sind. So sind durch die hierarchischen Strukturen innerhalb von Organisationen auch Grenzen für die Beteiligung und Demokratisierung gesetzt.

Der empirische Forschungsstand zur Interessenvertretung (Kap. 2.3) wurde im Hinblick auf die Strukturmerkmale und Aktivitäten, Unterstützungserfordernisse sowie die Auswirkungen des Engagements für Interessenvertreter_innen aufgearbeitet. Problematisch ist bei vielen der diskutierten Untersuchungen (zusätzlich zu ihrem Alter und der begrenzten Reichweite) insbesondere, dass die Operationalisierung des Untersuchungsgegenstands nicht theoriegeleitet vorgenommen wird. Folgeuntersuchungen sind also nicht nur deshalb nötig, um eine aktuellere und umfassendere Datengrundlage zu erhalten, sondern auch, um die Vielzahl der hier angerissenen Einzelaspekte systematisch zu betrachten.

Notwendig ist insgesamt eine theoriegeleitete Reflexion und empirische Erforschung von Interessenvertretung. Dabei sind verschiedene Schwerpunkte denkbar, welche sich für die behindertenpädagogische Forschung und Praxis als anschlussfähig erweisen: Zum einen können insbesondere für die innerhalb behindertenpädagogischer Einrichtungen und Dienste agierenden Interessenvertretungszusammenschlüsse auf der Mesoebene Fragen der Anbindung und Einbettung in den Organisationskontext thematisiert werden. Darüber hinaus können auf der Mikroebene Fragen des pädagogischen Handelns und der Anforderungen an eine Unterstützung der Gremien angesprochen werden. Und schließlich können die Interessenvertreter_innen in den Mittelpunkt gerückt werden und unter einer handlungstheoretischen Perspektive deren Handeln sowie Perspektive auf das Interessenvertretungsgeschehen erforscht werden. Die vorliegende Arbeit setzt am zuletzt genannten Punkt an, da hierzu sowohl ein empirisches wie theoretisches Forschungsdefizit besteht. Als theoretische Grundlegung wird in den beiden folgenden Kapiteln der Begriff der Partizipation eingeführt und begründet.

Partizipation aus Subjektperspektive
Zur Bedeutung von Interessenvertretung für Menschen
mit Lernschwierigkeiten

Nieß, M.

2016, XIII, 252 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-14013-7